Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 4

Jürgen Falter, Richard Hilmer und Karl-Rudolf Korte

Welcher Weg für die CDU?

Sankt Augustin, April 2000

Redaktionelle Betreuung: Viola Neu, Elfriede Krug

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelei der Printausgabe beträgt 2 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

Vorwort

"Wie geht's weiter mit den Parteien in Deutschland?" war das Thema einer Veranstaltungsreihe, in der sich die Konrad-Adenauer-Stiftung im Frühjahr 2000 mit den Folgen der Krise um Parteifinanzen in Deutschland auseinandersetzte. In fünf Hearings äußerten sich anerkannte Wissenschaftler zur Zukunft der Parteien und den wesentlichen Herausforderungen, vor denen die demokratische Gesellschaft in diesem Zusammenhang steht:

- Welche Macht den Parteien?
- Wieviel Bürgerbeteiligung im Parteienstaat?
- Welche Finanzierung für die Parteien?
- Welcher Weg für die CDU?
- Welches Ethos in der Politik?

Im vierten Hearing "Welcher Weg für die CDU?" befassten sich die eingeladenen Experten vor allem mit den Fragen:

- Welchen Weg gibt es für die CDU nach der Spendenaffäre?
- Welche Themen sind die Zukunftsthemen f
 ür die CDU?
- Welche Folgen hat die aktuelle Spendenaffäre für die zukünftige Rolle der CDU im deutschen Parteiensystem?

Im vorliegenden Heft sind die Stellungnahmen der Wissenschaftler dokumentiert und die Ergebnisse der Diskussion zusammengefaßt.

Dr. Stephan Eisel Leiter der Hauptabteilung Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft

Die CDU und die Themen der Zukunft

- 1. Zunächst eine Vorbemerkung in eigener Sache: Entgegen einer Pressean-kündigung, bin ich kein "der CDU nahestehender Wissenschaftler". Eine derartige Apostrophierung würde sich nicht mit meinem Selbstverständnis als wissenschaftlicher Experte vertragen. Ich stehe ihr nur insofern nahe, als ich ihr ebenso wie den anderen demokratischen Parteien selbstverständlich nicht ablehnend gegenüberstehe. Natürlich habe ich als Staatsbürger meine politischen Vorlieben und Abneigungen, als Politikwissenschaftler jedoch versuche ich, Äquidistanz zu den Parteien zu halten und meine politischen Vorlieben möglichst wenig in meine Analysen einfließen zu lassen.
- Die Ausgangsfrage kann aus dieser Perspektive dann naturgemäß nicht lauten: "Wie soll es mit der CDU weitergehen?", oder, kürzer, aber inhaltlich ganz ähnlich: "Welcher Weg für die CDU?". Die Fragestelung müsste dann lauten: "Wie kann es mit der CDU weitergehen, welche Möglichkeiten hat sie, um aus dem Spendensumpf wieder herauszukommen, um auch in Zukunft als eine der beiden großen Volksparteien Erfolg bei Wahlen zu haben?". Mit anderen Worten: Es geht im folgenden nicht um normative, sondern um bedingte Empfehlungen, in der Sprache Immanuel Kants: um hypothetische Imperative der Form, dass ein hypothetisch unterstellter guter Zweck aus Sicht der betreffenden Wissenschaft, im vorliegenden Falle der Wahl- und Parteienforschung, am besten auf eine bestimmte Weise erreicht werden kann. Ob es sich tatsächlich um ein empfehlenswertes oder wünschbares Ziel handelt, kann der Tatsachenwissenschaftler mit den Mitteln seiner Wissenschaft nicht feststellen oder gar begründen. Das ist dann die Entscheidung der Parteien und Politiker. Dass man andererseits nicht für jeden denkbaren politischen Zweck als Experte zur Verfügung steht, versteht sich auch für den Empiriker von selbst.
- 3. Bevor ich auf das Thema im engeren Sinne komme, will ich noch etwas rückwärtsgewandte Analyse betreiben und einen ergänzenden Blick auf die Auswirkungen der Spenden- und Finanzaffäre der CDU richten. Mit Parteien werden von den Wählern erstaunlicherweise auch bestimmte Persönlichkeitsmerkmale verbunden, deren Zuordnung zu den jeweiligen Parteien sich zumindest im Aggregat über die Jahre hinweg bisher kaum verändert hat. So verbindet eine Mehrheit der Bürger mit der SPD und den Grünen Eigen-

schaften wie "Veränderungsfreudigkeit" und "Aufgeschlossenheit", mit den Grünen, aber nicht der SPD, Konzeptionen wie "Phantasie" und "Gefühlsbetontheit", mit den diversen Rechtsaußenparteien und den beiden Unionsparteien den Begriff "Härte" und mit der Union allein das Konzept "Traditionsverbundenheit" sowie die Begriffe "Pflichtbewusstsein" und "Gewissenhaftigkeit". Diese Zuordnungen haben sich auch im Verlaufe der Spendenaffäre nur unwesentlich geändert, mit einer signifikanten Ausnahme: dem Begriffspaar "Pflichtbewusstsein" und "Gewissenhaftigkeit". Durch den glücklichen Umstand, dass einer meiner Mitarbeiter, Siegfried Schumann, vor und nach Ausbruch der Spendenaffäre zwei Umfragen im Felde hatte, können wir feststellen, wie sich die Spendenaffäre auf die Charakterisierung der CDU durch die Befragten ausgewirkt hat. Wie gesagt: Hinsichtlich der mehrheitlich mit den Unionsparteien verbundenen Begriffe "Härte" und "Traditionsverbundenheit" ergaben sich ebenso wenig Unterschiede wie hinsichtlich der eher der SPD oder den Grünen zugeschriebenen Charakteristika. Deutliche Veränderungen für die Union ergaben sich im Vergleich der Zeit vor und nach Bekanntwerden der Spendenaffäre hinsichtlich des Begriffs "Pflichtbewusstsein", wo der Anteil der Unionsnennungen von 57 auf 40 Prozent zurückging, und vor allem hinsichtlich des Begriffs "Gewissenhaftigkeit", wo der Unionsanteil bei den Nennungen von 43 auf 24 Prozent absank. Im Gegenzug holte hier die SPD etwas auf, gravierender jedoch ist der Anstieg von 16 auf 43 Prozent bei denen, die den Begriff mit keiner Partei verbinden wollen. Das ist ein klarer zusätzlicher Beleg für den Imageschaden, den die CDU (sehr viel weniger übrigens die CSU, die Wähler verstehen hier durchaus zu differenzieren) im Verlaufe der vergangenen vier Monate erlitten hat. Besonders bedenklich muss es die Strategen der CDU stimmen, dass dieser Imageschaden nicht in erster Linie bei sogenannten Randwählern, also eher lauwarmen Anhängern der CDU, sondern bei ihrer Kernwählerschaft entstanden ist. In den gleichen beiden Umfragen, die in Berlin und bundesweit durchgeführt wurden und hauptsächlich dem Zusammenhang zwischen Persönlichkeitsmerkmalen und politischen Einstellungen gewidmet waren, wurden auch anhand umfangreicher Fragebatterien bestimmte Persönlichkeitsmerkmale der Wähler erhoben. Dabei stellte sich heraus, dass gerade bei konventionellen und konservativen Menschen der Imagewandel der CDU besonders drastisch ausgefallen ist. Die negativen Sympathiewerte, also die Antipathiegefühle für die CDU, steigen bei dieser Gruppe von Befragten im Untersuchungszeitraum ganz besonders stark an, von 5 auf 20 Prozent; sie liegen damit auf dem Wert der übrigen Befragtengruppen. Vorher lagen sie deutlich unterhalb des Durchschnittswertes aller Befragter. Dass bei dieser Personengruppe, die immer weit überdurchschnittlich CDU

wählte, der Schock besonders tief geht, ist unmittelbar plausibel, da gerade bei derartigen konventionell und konservativ orientierten Personen solche Werte wie "Pflichtbewusstsein" und "Gewissenhaftigkeit" einen ganz besonders hohen Stellenwert besitzen.

- 4. Der Spendeneffekt sattelt auf einem längerfristigen Trend auf und beschleunigt diesen. Es handelt sich um einen ganz allmählichen, aber doch klar erkennbaren Anstieg dessen, was mit einem griffigen, aber ungenauen Schlagwort landläufig als Politikverdrossenheit bezeichnet wird. Tatsächlich handelt es sich (und hier sagt der Staatsbürger Falter: Gott sei Dank) bisher viel eher um Parteien- und Politikerverdrossenheit. Von einem wachsenden Überdruss an der Politik oder gar der Demokratie finden sich in den uns vorliegenden Daten bestenfalls Spurenelemente. Insgesamt zeigt sich, solange es politische Parteien gibt, gibt es Parteienkritik und Parteienverdrossenheit. Typischerweise haben Parteien- und Politikerverdrossenheit (stets in einem Atemzug zu nennen) ihre Konjunkturen. In Wahljahren gehen sie zurück, nach Wahljahren steigen sie wieder an. Der Zyklus hat jedoch einen Trend, er weist kein natürliches Gleichgewicht auf, sondern er bewegt sich ganz langsam in eine bestimmte Richtung – nämlich was die Zustimmung zu den Parteien und ihren führenden Repräsentanten angeht – nach unten. In den letzten Jahren, etwa seit der Wiedervereinigung, hat sich dieser Trend sogar noch beschleunigt. Seit Menschengedenken hatten wir keine Nachwahlperiode, in der sich positive und negative Gefühle bei den Bürgern schneller ablösten als nach der Bundestagswahl 1998. Dem begreiflichen Hochgefühl, man könne mit seiner Stimme doch etwas ausrichten (immerhin hatte man, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik, mit dem Stimmzettel einen kompletten Machtwechsel erreicht), folgte umso tiefere Skepsis und Verdrossenheit darüber, dass die hochgespannten Erwartungen auf breitester Front enttäuscht worden waren. Niedrige Wahlbeteiligung und miserable Wahlergebnisse der Koalitionsparteien waren die Folge. Nach dem Bekanntwerden des Spenden- und Finanzskandals der Bundes-CDU und der hessischen CDU sowie der Flugund Wahlkampfunterstützungsaffären der nordrhein-westfälischen und niedersächsischen SPD, ist mittlerweile das Ansehen der Parteien auf einen historischen Tiefpunkt gesunken, so dass man sich fragen muss, ob nicht jäh aus der Krise zweier Parteien doch irgendwann eine Krise des Parteienstaats und damit des politischen Systems entsteht.
- 5. Dass die Geltung der Parteien bei den Bürgern (ganz, ganz allmählich, aber spürbar, empirisch nachweisbar) sinkt und damit die Parteienverdrossenheit

leicht, aber nachhaltig steigt, ist auf eine Vielzahl von Ursachen zurückzuführen, auf die die Parteien selbst nur begrenzt Einfluss nehmen können. Ich kann darauf hier nicht eingehen, habe das aber an anderer Stelle bereits getan (Die Politische Meinung, H. 1/2000). Die vergangenen 13 Monate allerdings hatten ihr besonderes Drehbuch, die Malaise ist hausgemacht. Es stellen sich für die nachfolgenden Ausführungen zwei Fragen: (a) Was kann die CDU tun, um wieder aus dem Imagetief herauszukommen? Und (b) Was kann sie tun, um als moderne Volkspartei den Herausforderungen einer Gesellschaft im Umbruch zu begegnen, wobei sich dieser Umbruch wiederum kennzeichnen lässt durch zwei weitere Schlagworte: die fortschreitende Individualisierung und die anscheinend unaufhaltsame Globalisierung.

- 6. Die erste der beiden Fragen ist schon derart oft in den letzten Wochen diskutiert worden, dass ein paar Stichworte als Antwort genügen sollten. Wie kann die CDU aus ihrer durch die Spenden- und Schwarzkontenaffäre verursachten Misere wieder herauskommen?
- durch einen konsequenten personellen Neubeginn; dieser ist in vollem Gange und erlebt heute seinen dritten und demnächst in Essen seinen vierten und entscheidenden Akt; ich selbst bin der Ansicht, dass die Einigung auf Angela Merkel als neuer Vorsitzenden und die Wahl von Friedrich Merz tatsächlich einen ersten Schritt aus der selbstentfachten Malaise darstellt, darstellen kann, sofern nicht allzuviele (wohl unvermeidliche und daher entschuldbare) Anfängerfehler passieren;
- durch Strukturreformen der Parteiorganisation (auch diese sind im Gange, etwa die Aufhebung der Trennung von Einnahmen- und Ausgabenseite bei der Finanzverwaltung der Partei);
- durch eine Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Parteimitglieder und Bürger mit Augenmaß und unter Berücksichtigung der Handlungsmöglichkeiten und –grenzen des parlamentarischen Systems und unseres Wahlsystems. Die Vorschläge von Christian Wulff, die ich übrigens für sehr viel realistischer und ausgegorener halte als die von Franz Müntefering oder mancher Grünen-Politiker, ergänzt um weitere Überlegungen, wie die der lose gebundenen Listen auch bei Bundestagswahlen weisen hier m. E. in die richtige Richtung. Dabei wird übrigens, dies sei nur am Rande angemerkt, die Mitwirkungsmöglichkeit der Bürger bei Wahlen am stärksten durch eine geradezu zwangsläufige Egentümlichkeit von Verhältniswahlen, nämlich dem Zwang zur Koalitionsbildung,

begrenzt, da man sehr oft nicht weiß, welche Koalition nach der Wahl die Regierung bilden wird. Die Erwartungen der meisten Wähler vor der Bundestagswahl und die Realität der Koalitionsbildung nach der Wahl sind ein plastischer Beleg für diese These: Eine klare Mehrheit gerade auch der Wechselwähler von der CDU zur SPD (es waren übrigens nach unseren Ergebnissen fast vier Millionen Wähler, die diesen Schritt taten) erwartete und wollte eine große Koalition, bekommen haben sie bekanntlich eine rot-grüne Koalition, was einen Teile der 1999 erfolgten Rückwanderung enttäuschter SPD-Wähler zu den Unionsparteien erklärt;

- was weiter? Natürlich eine Fortführung der bisher geleisteten Aufklärungsarbeit, wobei das Problem der unbekannten, da unbenannten Spender nochmals mit Nachdruck erwähnt gehört, sowie Rückkehr zu einer klaren, alternativen Sachpolitik. Damit sind wir schon fast bei der Beantwortung der zweiten Frage, jedoch sei an dieser Stelle noch der Hinweis erlaubt, dass die CDU noch sehr lange durch die Spendenaffäre verwundbar bleiben wird, solange, wie durch Nichtnennung von Spendern die krausesten Vermutungen und Unterstellungen über die "wahre" Herkunft der Gelder geäußert werden und in der Öffentlichkeit Gehör finden. Die Spendenaffäre wird wie das Kaninchen noch über Jahre hinweg immer dann wieder aus dem Hute gezaubert werden, wenn es gerade opportun erscheint, also bei jeder der kommenden Landtags- und Bundestagswahlen, bei allen Gesetzesvorschlägen, die sich auf das Parteiengesetz und die Finanzierung von Parteien beziehen usw. Das könnte sich eventuell dann ändern, wenn die Namen der Spender und die Herkunft der übrigen Gelder (vor 1993) geklärt würden, aber darauf zu warten ist wohl eher ein frommer Wunsch.
- 7. Der schwierigste Teil meiner Ausführungen, der notwendigerweise die größte Enttäuschung beim Leser produzieren wird, da der Analytiker hier eher im Prinzipiellen bleiben muss, beschäftigt sich mit der zweiten der oben gestellten Fragen, nämlich der nach möglichen Langzeitstrategien der CDU angesichts einer Gesellschaft im rapiden Umbruch. Zunächst einmal ist festzustellen, dass die CDU, wie auch alle anderen Parteien, sich mit dem Zwang zu einer programmatischen Anpassung an die geänderten Zeitläufe konfrontiert sieht. Individualisierung und Globalisierung fordern ihren Tribut, wie unerträglich modisch diese Schlagworte auch dem einen oder anderen in den Ohren klingen müssen. Sie beschreiben jedoch, wenn auch höchst ungenau, entscheidende Tendenzen unserer Gesellschaft, und sie begrenzen die Handlungsmöglichkeiten unserer Parteien.

Zunächst einige Anmerkungen zum Stichwort Globalisierung: Hier handelt es sich um die internationale Verflechtung und Entgrenzung zuerst des Finanzkapitals, immer stärker aber auch der Großkonzerne, ja selbst der mittelständischen Wirtschaft. Durch nationale Politik sind Finanzkapitel und Großkonzerne nicht mehr in gleichem Maße steuerbar wie früher (und damit parteipolitisch motiviertem Handeln weitgehend entzogen; einen letzten verzweifelten Versuch unternahm Oskar Lafontaine). Das gilt für viele, bald wohl die meisten Bereiche, für die Banken, Versicherungen, die Industrie und immer stärker auch die Kommunikationsbranche. Hier fehlen der Politik bislang die Instrumente; nationalstaatliche ziehen immer weniger, transnationale, supranationale sind noch nicht in ausreichendem Maße entwickelt oder sie weisen, wie im Falle der EU, so starke Legitimationsdefizite auf, dass sie schon alleine dadurch wieder stumpf werden. Solange die nationalen Parteien und die Politik (übrigens inklusive der meisten Medien) aber so tun, als bewegten wir uns noch in den guten alten Zeiten, als alles machbar schien, solange dieser Omnipotenzanspruch bei gleichzeitig immer geringeren Einwirkungsmöglichkeiten noch erhoben wird, sind Enttäuschungen der Bürger programmiert, entsteht Resignation, Zweifel an der Lösungskompetenz aller Parteien und damit der Keim diffuser Systemkritik. Das ist keine ungefährliche Entwicklung.

Was kann die Union (und nicht nur die CDU) hiergegen tun? Nun, ich glaube, dass die CDU in geradezu sträflicher Weise in den letzten Jahren den Gedanken der sozialen Marktwirtschaft und damit das Leitbild Ludwig Erhard vernachlässigt hat, sowohl im Programmatischen als auch in den nicht immer sehr glücklich geführten Wahlkämpfen. Nur auf der europäischen Ebene ist Waffengleichheit mit den weltumspannenden Multis herzustellen. Was fehlt, ist der Ludwig Erhard des 21. Jahrhunderts, der in der Lage ist, auf trans- und supranationaler Ebene ein Programm der sozial ausgewogenen Marktwirtschaft zu entwickeln und durchzusetzen. Dies müsste Hand in Hand gehen mit einer Betonung der nach wie vor gravierenden Legitimationsdefizite auf der Ebene der EU und einem Ausbau des Parlamentarismus in der EU bei gleichzeitiger Rückbesinnung auf die Prinzipien der Subsidiarität und des innerstaatlichen Föderalismus. In dieser Frage liegt ein enger Schulterschluss mit der bayerischen Schwesterpartei mehr als nahe.

9. Auch zum Stichwort Individualisierung sind einige Bemerkungen anzubringen: Gleichzeitig bricht den Parteien ein Teil ihrer Basis weg, ein Teil nach dem anderen! Das Schlagwort Individualisierung beschreibt die Folgen des Aufbre-

chens kollektiver Organisationsformen und des Abschmelzens der alten soziokulturellen Milieus (katholisch-ländlich, gewerkschaftlich-industriell und nur noch in Rückzugsgebieten, in Teilen Niederbayerns, der Schneeeifel oder in Wanne-Eickel anzutreffen). Begleiterscheinung ist eine partielle Entpolitisierung. Politik ist in der Rangfolge der Güter ziemlich weit unten anzutreffen, weit nach Gesundheit, Familie, Beruf, Auto, Freundeskreis. Dauerhaftes Engagement, wie sie die Mitgliedschaft in einer Partei darstellt, darstellen kann, wird durch andere, nur zeitweilige Engagementformen ersetzt, etwa die Teilnahme an Bürgerinitiativen. Das schlägt sich für die Parteien in einem Abschmelzen der Stammwählerschaft nieder, einem spürbaren, statistisch nachweisbaren Rückgang der langfristigen Parteibindungen, und damit einer steigenden Bedeutung kürzerfristiger Einflussfaktoren des Wahlverhaltens, der Lösungskompetenz in subjektiv als wichtig empfundenen Fragen und der Spitzenkandidaten. Der moderne Wähler ist mobiler geworden, nur noch für eine Minderheit gilt das alte Motto: right or wrong, my party. Es gibt heute viel mehr potentielle Wechselwähler als früher, und die Bundestagswahl 1998 war die erste, wo sich dieses seit Jahren schon angewachsene Potential erstmals in großen Wählerwanderungen niederschlug, vor allem von den Unionsparteien zur SPD. Dass dadurch keine neuen Bindungen entstanden sind, beweisen die Landtagswahlen 1999. Wie gewonnen, so schon wieder zerronnen, so das Motto der SPD und der Koalition. Und umgekehrt, nach der mehr als nur eine Malaise darstellenden ernsthaften Schwächung der CDU, das neue Motto der SPD: Wie zerronnen, so schon wieder gewonnen. Die Ausschläge der öffentlichen Meinung werden stärker, die Wähler wetterwendischer, damit aber auch die Regierungsmehrheiten unsicherer. Regierungsperioden von mehr als zwei oder maximal drei Legislaturperioden dürften vermutlich der Vergangenheit angehören.

10. Das sind Trends, die man nicht aufhalten kann, man muss ihnen jedoch programmatisch und strategisch begegnen. Es festzustellen ist natürlich leichter, als es auch in angemessener Weise zu tun. Dass die Unionsparteien ihre programmatische Erneuerung nur recht vorsichtig betreiben können, da sie stärker noch als andere Parteien Rücksichten nehmen müssen auf Traditionalisten und Konservative, ist geradezu selbstevident. Ich will zum Abschluss, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, noch einige mir aussichtsreiche Themengebiete nennen, wo die CDU sich aussichtsreich gegenüber der SPD profilieren könnte:

- die Entwicklung eines kühnen, zukunftssicheren Modells der Altersversorgung aus einem Guss; das könnte entweder das von mir persönlich favorisierte Schweizer Dreisäulenmodell sein oder das Biedenkopf'sche Grundversorgungsmodell oder irgendetwas dazwischen;
- eine wirklich überzeugende Neugestaltung der Bildungspolitik, wobei die Übernahme einzelner Elemente aus den USA gerade wieder ein Beleg für die Kurzsichtigkeit der Politik in dieser so zukunftsrelevanten Frage ist. Ich denke hier beispielsweise an ein Modell der Nachfragesteuerung durch unterschiedlich gestaffelte Studiengebühren und Stipendien nach dem Motto: den Informatikstudienplatz gibt es für eine begrenzte Zeit nicht nur frei, sondern dafür gibt es auch noch besonders großzügige Stipendien (wobei man die Industrie hier sehr viel stärker einbeziehen könnte, denn die spart natürlich durch staatliche Ausbildungsleistungen sehr viel Geld ein), dafür kostet es andererseits etwas mehr, Theaterwissenschaft, Politikwissenschaft oder Soziologie zu studieren, und Stipendien gibt es dafür entweder gar keine oder eben substantiell niedrigere;
- die Vorlage eines Zuwanderungsgesetzes; Edmund Stoiber hat hier eine Reihe von durchaus sinnvollen Überlegungen geäußert; ein derartiges Gesetz müsste Elemente der Zugangssteuerung und Zugangsbegrenzung miteinander verbinden;
- schließlich eine Politik der konsequenten Technologie-, Innovations- und Mittelstandsförderung;
- insgesamt sei als Leitfaden aller programmatischen Bemühungen auf das sehr erfolgreiche Rezept der CSU verwiesen, Modernisierung, Innovation und Geborgenheit miteinander zu vereinen oder auch Heimat, Ruhe und Ordnung und technologischen Fortschritt. Die SPD hat ihre soziale Gerechtigkeit, die CDU hingegen das Image (bisher) von Fortschritt und Geborgenheit. Ich glaube, der Bürger wird in Zukunft in einer für ihn immer bedrohlicher werdenden Welt der Individualisierung und Globalisierung nach nichts stärker verlangen als nach einer Kombination beider Elemente; hier anzusetzen könnte eine aussichtsreiche Zielmarke für eine programmatische Weiterentwicklung der CDU darstellen.

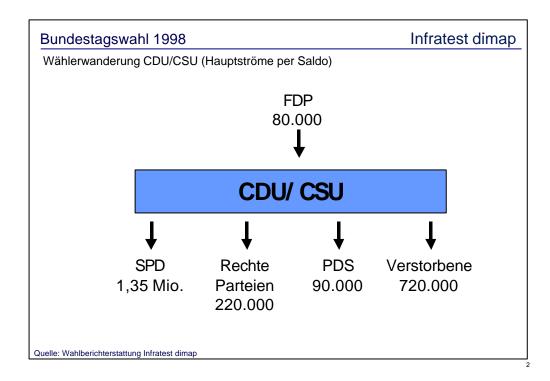
Die CDU im Spiegel der Demoskopie

Der Titel des Hearings weckt möglicherweise hochgesteckte Erwartungen nach konkreten Vorschlägen und Rezepten für eine Erneuerung der CDU. Da ich kein Politikberater und als Wahlforscher der Neutralität verpflichtet bin, werde ich mich bei Empfehlungen dieser Art eher zurückhalten. Ich werde mich im folgenden darauf konzentrieren, die Herausforderungen zu benennen, auf die sich die CDU auf ihrem Weg aus der Krise einstellen muss, und hierzu eine Reihe von Daten und Fakten präsentieren.

Bevor man sich neue Ziele steckt, sollte man sich noch einmal genau vergewissern, wo man steht und woher man kommt. Daher soll ein kurzer Rückblick auf die BTW 98 vorgestellt werden. Diese Wahl hat der CDU nicht nur eine schmerzliche Wahlniederlage beschert, sie bedeutet auch einen markanten Einschnitt in der Geschichte dieser erfolgsgewohnten Partei.

A) Rückblick

Die CDU verlor bei der Bundestagswahl 1998 im Vergleich zur 94er Wahl weit mehr Stimmen, als sie hinzu gewann.



Laut der Wählerwanderungsanalyse von Infratest dimap gründet sich die Niederlage der Union zum einen auf die negative Bilanz im Generationenaustausch, da mehr frühere CDU-Wähler verstarben als Erstwähler hinzukamen. Nicht nur zahlenmäßig bedeutsamer ist allerdings die Tatsache, dass die Union per Saldo über 1,5 Millionen Stimmen an andere Parteien, vor allem an die SPD abgeben musste. Diesen Verlusten stand nur ein Gewinn von gerade einmal 80.000 Stimmen von der FDP gegenüber. Zusammen ergab dies für die Union 35,1 Prozent der abgegebenen Stimmen und damit das schlechteste Wahlergebnis seit 1949.

Aufgrund der hohen Zahl von Wählern, die der CDU – der CSU übrigens in weit geringerem Maße – enttäuscht den Rücken kehrten, ist eine genauere Betrachtung dieser Wähler unabdingbar. Für die weitere Analyse ist zunächst wichtig zu wissen, um welche Wählergruppen es sich dabei gehandelt hat.

BTW'98: Wechselwähler von CDU/CSU	J zur SPD	Infratest dimap
nach Tätigkeit		1
	Gesamt	von SPD gewonnene Unionswähler
<u>berufstätig</u>	53	65
und zwar:		
Angelernte	10	11
Facharbeiter	20	26
Angestellte	46	49
Quelle: Wahltagsbefragung Infratest dimap / N=20.597		Angaben in Prozent

Wie die Infratest dimap Wahltagsbefragung zeigt, waren es vor allem die mittleren Jahrgänge, und hier vor allem die Berufstätigen, die sich von der CDU abwendeten. Überdurchschnittlich verlor die CDU dabei bei den Facharbeitern und den Angestellten. Der Wechsel von der CDU zur SPD wurde – darauf hat auch die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrer Analyse der Bundestagswahl 98 verwiesen – vor allem aus der Mittelschicht, von den Konsumund Leistungsträgern der Gesellschaft vollzogen.

Der Parteiwechsel erfolgte aus einem ganzen Bündel von Motiven heraus. Diese Motive zeichneten sich bereits in einer im Frühjahr 1998 durchgeführten Erhebung ab, und lassen sich zu drei Komplexen zusammenfassen:

1. Die emotionale Komponente:

Soziale Schieflage			Infratest dimap
	Gesamt	CDU-Wähler	Enttäuschte CDU-Wähler
Sehr besorgt			
dass viele Menschen auf der Verliererseite stehen	62	47	64
dass Arbeitslosigkeit steigt	77	67	82
Sehr wichtig			
dass Mensch mehr zählt	53	41	56
Quelle: KAS Frühjahr 1998 / Infratest dimap		Grundgesamtheit: Wahlbere	echtigte Bevölkerung in Deutschland

Angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit war die allgemeine Stimmung schlecht. Die Sorge, es könne zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft kommen und man könne vielleicht sogar selbst auf der Strecke bleiben, war weit verbreitet. Diese Befürchtung teilten auch und vor allem enttäuschte CDU-Wähler (hier definiert als Wahlberechtigte die 1998 angaben, bei der Bundestagswahl 1994 die CDU gewählt zu haben, bei der aktuellen Sonntagsfrage entweder eine andere Partei präferierten oder mit "weiß noch nicht" antworteten):

Bürgerferne CDU			Infratest dimap
	Gesamt	CDU-Wähler	Enttäuschte CDU-Wähler
kümmert sich um die Bürger			
CDU	15	50	12
SPD	40	22	34
denkt nur an die Macht			
CDU	40	18	38
SPD	16	32	18
Quelle: KAS Frühjahr 1998 / Infratest dimap	(Grundgesamtheit: Wahlbere	echtigte Bevölkerung in Deutschland

Die CDU wurde stärker als andere Parteien als bürgerfern erfahren, orientiert vor allem am eigenen Machterhalt.

2. Die programmatisch-inhaltliche Komponente:

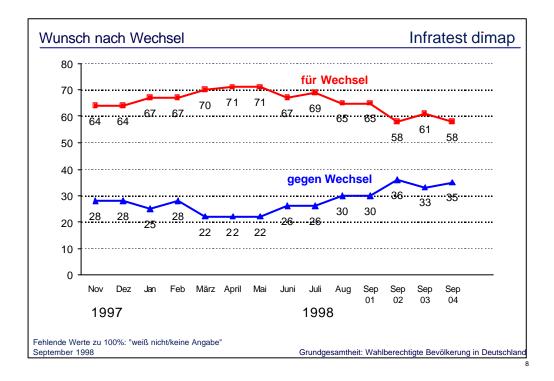
Kompetenzverlust in zentralen Bereichen			Infratest dimap	
	Gesamt	CDU-Wähler	Enttäuschte CDU-Wähler	
Arbeitsplätze sichern CDU SPD	24 50	66 21	28 52	
Renten sichern CDU SPD	23 48	67 23	28 49	
Mehr für Familien tun CDU SPD	19 58	53 40	16 60	
Quelle: KAS Frühjahr 1998 / Infratest dimap Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland				

Der CDU wurde mehrheitlich nicht mehr zugetraut, die anstehenden Probleme in Deutschland zu lösen. In erster Linie traf dies für den Abbau der Arbeitslosigkeit zu. Die Lösung dieses Problems wurde – und wird immer noch – über alle Parteigrenzen hinweg als vordringliche Aufgabe gesehen. Hier setzten die Wahlberechtigten insgesamt und auch die enttäuschten CDU-Wähler weit größere Hoffnungen auf die SPD. Dieses größere Zutrauen in die SPD traf auch auf viele andere Bereiche zu, darunter auch frühere Domänen der Union, wie zum Beispiel die Renten- und die Familienpolitik.

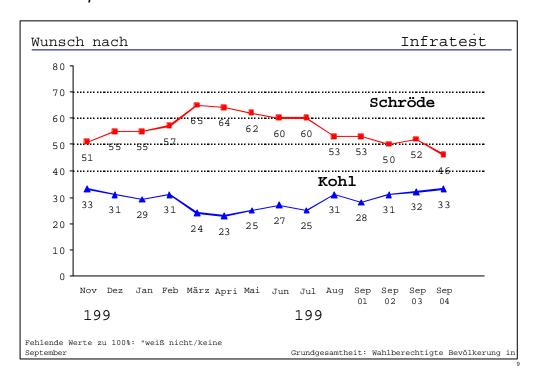
In der Wirtschaftspolitik lag die Union kurz vor der Wahl wieder knapp vor der SPD, was nicht zuletzt mit der als verbessert wahrgenommenen wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhing. Allerdings fehlte den meisten Bürgern die Überzeugung, dass sich die guten Wirtschaftsdaten positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken würden. Der CDU verblieb ein klarer Kompetenzvorsprung im Bereich der inneren Sicherheit und in der Außen- und Europapolitik. Dies waren Kompetenzen, denen bei dieser Wahl aber weit weniger Bedeutung beigemessen wurden. Insgesamt herrschte der Eindruck vor, die SPD verfüge über das bessere Programm und sei offener für neue Ideen.

Schlechtes Programm			Infratest dimap
	Gesamt	CDU-Wähler	Enttäuschte CDU-Wähler
hat besseres Programm			
CDU	20	67	18
SPD	41	13	37
offen für neue Ideen			
CDU	14	43	11
SPD	38	25	36
Quelle: KAS Frühjahr 1998 / Infratest dimap	(Grundgesamtheit: Wahlbere	echtigte Bevölkerung in Deutschland

Die Unzufriedenheit mit der Politik der alten Bundesregierung war bis zum Schluss groß. Stabil über einen langen Zeitraum bis hin zur Wahl war deshalb auch der Wunsch nach einem politischen Wechsel: Die Mehrheit der Wähler und auch der enttäuschten CDU-Anhänger wollte einen Regierungswechsel, die damit einhergehenden Risiken erschienen eher gering.



3. Die personale Komponente:



Die Mehrheit auch der enttäuschten CDU-Anhänger – wollte auch einen Wechsel im Kanzleramt. Kohls außen-, europa- und deutschlandpolitischen Verdienste waren unbestritten, aber die Bewältigung der anstehenden Probleme, insbesondere eine Belebung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes, wurde eher einem Kanzler Schröder als Helmut Kohl zugetraut.

Fazit: Die Niederlage der CDU war hausgemacht und zeichnete sich bereits im Frühjahr 98 ab. Ihre Hauptursachen sind eher in der Politik der CDU/CSU/FDP Koalition der letzten Jahre **und** in den handelnden Personen zu suchen als bei den Medien oder gar im mangelnden Rückhalt innerhalb der Partei.

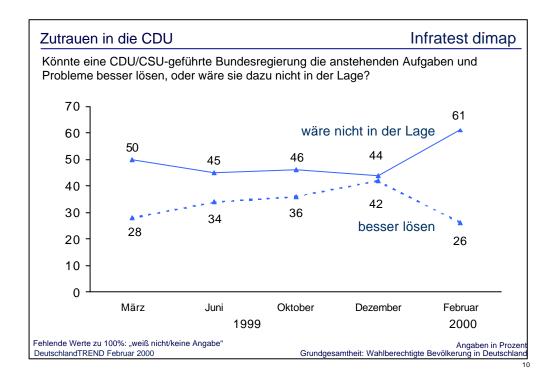
B) Phase der Aufarbeitung:

Aus der herben Wahlniederlage wurden sehr rasch zwei Konsequenzen gezogen:

- eine personelle Erneuerung mit dem Wechsel an der Parteispitze von Helmut Kohl zu Wolfgang Schäuble, der schon seit geraumer Zeit weit bessere Sympathiewerte aufwies als Kohl;
- 2. eine Programmdebatte unter dem Motto "Mitten im Leben" und mit dem Ziel, die CDU wieder näher an die Bürger und an die Lebenswirklichkeit heranzuführen.

Die Erneuerung der CDU schien auf den richtigen Weg gebracht. In der Folgezeit gewann die Union auch ihre Kampagnenfähigkeit wieder zurück (siehe Hessen). Und sehr schnell lag sie in der Wählergunst auch wieder vor der SPD, die mit erheblichen Startschwierigkeiten zu kämpfen hatte. Die Wahlerfolge der CDU/CSU bei der Europawahl und den Landtagswahlen in 1999 zeigten, dass die Union in erstaunlich kurzer Zeit wieder die Rolle als Regierungsalternative ausfüllen konnte.

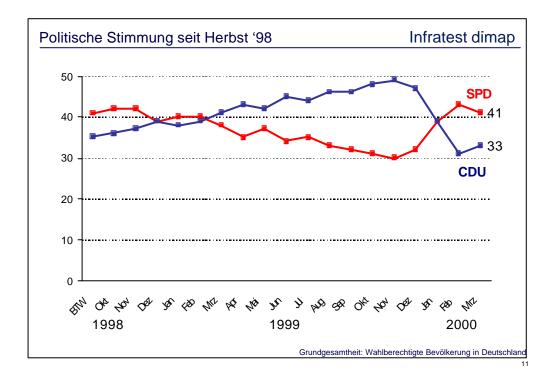
Aber: Die hohen Zustimmungswerte hatten ihre Ursache eher in der Enttäuschung über das erste Jahr rot-grüner Koalition als in der Überzeugung, die Union habe bereits wieder den Schlüssel zur Lösung der anstehenden Probleme in Händen.



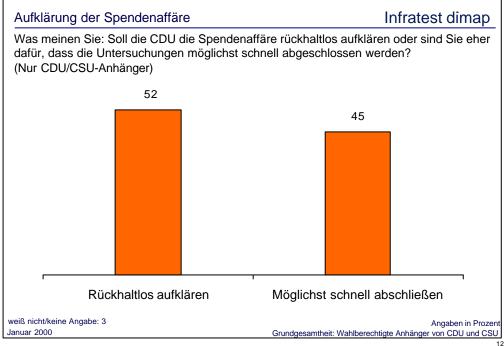
Noch im Herbst 99, als das Image der rot-grünen Koalition auf dem Tiefpunkt angelangt war und die CDU einen Wahlerfolg nach dem anderen einfuhr, traute nur etwa jeder Dritte der Union zu, die anstehenden Aufgaben besser zu lösen als die rot-grüne Koalition. Erst im Dezember, unmittelbar vor der Ausweitung des Spendenaffäre, hatte sie das Vertrauen von 42 Prozent der Bürger gewonnen, eine knappe Mehrheit hegte aber nach wie vor Zweifel an ihrer Lösungskompetenz.

C) Die Spendenaffäre

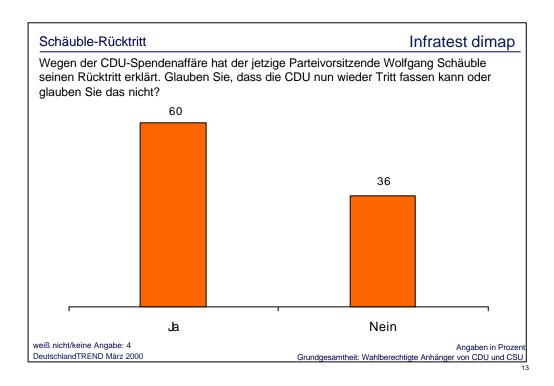
Wie wenig tragfähig das Hoch war, wurde durch die Spendenaffäre deutlich. Die Union stürzte von 49 Prozent im November binnen zweier Monate auf 31 Prozent.



Für die große Mehrzahl der Bürger stellte die Spendenaffäre kein Kavaliersdelikt dar. Die Aufklärungsstrategie der CDU-Spitze entsprach dem Wählerwillen. Der Wunsch nach rückhaltloser Aufklärung wurde bereits Mitte Januar, noch bevor der Finanzskandal in Hessen publik wurde, auch von einer Mehrheit der CDU-Anhänger geteilt.



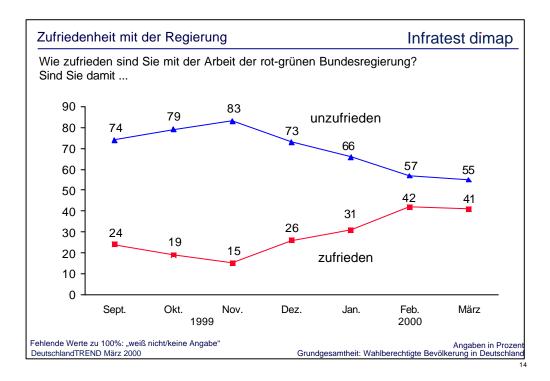
Erwartet wurden auch personelle Konsequenzen. So wurde auf dem Höhepunkt der Affäre Ende Januar auch von CDU-Anhängern mit knapper Mehrheit (51 Prozent) gefordert, Kohl solle sein Bundestagsmandat zurückgeben und sich aus der aktiven Politik zurückziehen. Seine jüngste Spendensammlung findet wenig Beifall, auch Unions-Anhänger sehen darin noch keine Wiedergutmachung des angerichteten Schadens für die CDU. Auch Schäuble verlor im Laufe der Affäre in den Augen der Bürger erheblich an Glaubwürdigkeit, sein Rücktritt wurde schließlich als konsequent begrüßt und auch als Chance für die CDU angesehen, mit einer unbelasteten neuen Führung wieder Tritt zu fassen.



D) Die Ausgangslage im Frühjahr 2000

Die CDU steht heute etwa wieder da, wo sie im Herbst 98 stand: deutlich hinter der SPD, auf 33 Prozent zurückgeworfen. Die Ausgangsbedingungen sind jedoch ungleich schwieriger als vor anderthalb Jahren:

Die rot-grüne Bundesregierung hat sich nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten im ersten Jahr wieder gefangen. Der Anteil der Wahlberechtigten, die sich über die Arbeit der Bundesregierung zufrieden äußern, ist deutlich gestiegen. Nach wie vor überwiegt zwar die Unzufriedenheit, der Anteil der Zufriedenen war aber seit Jahren nicht mehr vergleichbar hoch. Die guten Werte der SPD beruhten 1998 auf Erwartungen, heute auf Erfahrungen.



Erstmals seit Jahren bewertete im März eine Mehrheit der Bundesbürger die allgemeine wirtschaftliche Situation in Deutschland positiv, was in der Regel den Regierungsparteien zugute kommt.

E) Herausforderungen für die Zukunft

Die CDU hat es heute nicht nur mit einem erstarkten politischen Gegner zu tun, sie muss sich darüber hinaus auch mit einigen langfristigen Trends im Wählerverhalten auseinandersetzen:

1. Abnehmende Parteibindung

Abnehmende Parteibindu	ng		Infratest dimap
	3/98	11/99	3/00
neige einer bestimmten Partei zu			
ja	62	57	53
nein	38	42	45
Quelle: KAS Frühjahr 1998 / Infratest dimap	(Grundgesamtheit: Wahlbere	echtigte Bevölkerung in Deutschland 1:

Die Neigung, immer oder fast immer ein und dieselbe Partei zu wählen, nimmt seit Jahren ab und scheint sich in jüngster Zeit noch zu beschleunigen. Alle Parteien, nicht nur die CDU, müssen sich darauf einstellen, dass die Bereitschaft, von einer Wahl zur anderen die Partei zu wechseln, steigt (Volatilität).

Stärker als alle anderen Parteien sind von dieser Entwicklung die beiden Volksparteien betroffen, denn ihnen gelang es in der Vergangenheit besonders gut, ihre Wähler zu binden.

Steigende Wechselbereitsc	haft		Infr	atest dimap
wählte bislang	West-\	Wähler	Enttäuschte CDU-Wähler	-
	25-34	60+		
immer dieselbe Partei	39	61	34	
unterschiedliche Parteien	51	36	63	
	l		I	
Quelle: KAS Frühjahr 1998 / Infratest dimap		Grundge	esamtheit: Wahlberechtigte Bo	evölkerung in Deutschland 11

Die Volatilität dürfte sich noch verstärken, denn die Parteibindung wird von Generation zu Generation geringer.

Auch bei den bei der Bundestagswahl 98 von der CDU abgewanderten Wählern handelte es sich um überdurchschnittlich wechselbereite Wähler. Der Großteil dieser Wähler kehrte im Laufe von 1999 aus Enttäuschung über die neue Bundesregierung vorübergehend wieder zur CDU/CSU zurück, verließ sie aber noch schneller wieder, als die CDU aufgrund der Spendenaffäre in die Krise geriet.

Als Zeichen der Stabilität unseres Parteiensystems kann dabei gewertet werden, dass der Wechsel sich weitgehend innerhalb des etablierten Parteiensystems bewegt hat. Der Austausch vollzieht sich i d. R. zwischen den beiden großen Volksparteien oder er findet innerhalb der beiden politischen Lager statt (wie zuletzt bei der Schleswig-Holstein-Wahl).

2. Bedeutungsverlust traditioneller Milieus

Die abnehmende Parteibindung hat auch damit zu tun, dass die traditionellen Milieus der Parteien zahlenmäßig an Bedeutung verlieren.

Verblieb	Infrate	est dimap		
	CDU/CSU-Anteile	West- deutschland	Ost- deutschland	
	Gesamt	37,0	27,3	
	Selbständige	45	38	
	Katholiken	49	52	
Quelle: Infratest	dimap Wahltagsbefragung 1998			1

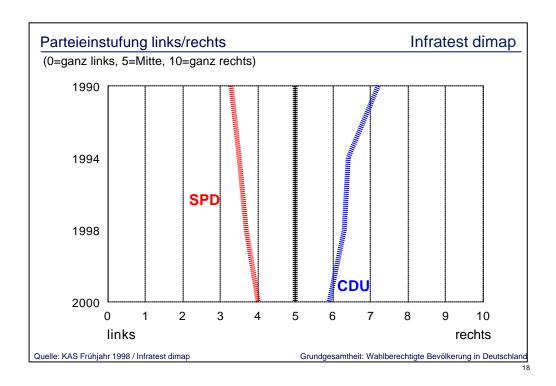
Nach wie vor sind sie aber wirksam und nach wie vor finden die Parteien in ihren Milieus die größte Unterstützung – so die Union bei christlich orientierten Wählern und bei Selbständigen bzw. bei Freiberuflern – und zwar in West und Ost. In diesen Milieus ist nach wie vor der harte Kern der Stammwähler der Union zu verorten.

Andere Gewissheiten für die CDU gehören längst der Vergangenheit an. Die bis Ende der sechziger Jahre reichende weit überdurchschnittliche Unterstützung der Union durch weibliche Wähler erlebte in den achtziger Jahren zwar eine kurze Renaissance, mittlerweile spielen aber geschlechtsspezifische Unterschiede im Wahlverhalten fast keine Rolle mehr (nachzulesen in einem Beitrag von Ute Molitor und Viola Neu in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2/99, S. 252-267

Ein weiterer für die CDU eher nachteiliger Trend zeichnet sich bei dem Wahlverhalten der verschiedenen Altersgruppen ab. Der Rückhalt der Union bei Älteren scheint abzunehmen, zumindest verzeichnete sie bei der letzten Bundestagswahl die stärksten Verluste bei den Rentnern (vgl.

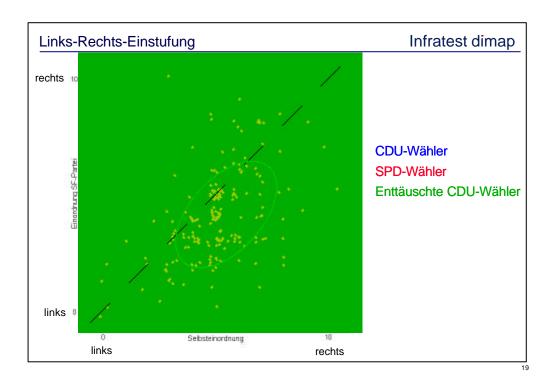
Wahlreport von Infratest dimap zur Bundestagswahl 98). Dafür nimmt aber der Rückhalt bei Jüngeren tendenziell eher zu, wie auch die Wahlen in 1999 zeigten, wo die CDU vor allem bei den Jungwählern zulegen konnte. Dieser Trend setzte sich auch in Schleswig-Holstein fort, wo die CDU in allen Altersgruppen Verluste hinnehmen musste, nur bei den 18-24jährigen konnte sie leicht zulegen. Nach wie vor ist die CDU aber nicht die "Partei der Jungen". Sie wird nach wie vor unterdurchschnittlich von Jungwählern gewählt, hat in dieser Altersgruppe aber derzeit die stärksten Zuwachsraten.

Die spürbar gestiegene Wechselbereitschaft hat auch damit zu tun, dass die Unterschiede zwischen den Parteien nach Einschätzung der Wähler geringer geworden sind. Dies läßt sich anschaulich an der Einstufung der beiden Parteien auf der Links-Rechts-Skala verdeutlichen. Auf der 11-stufigen Skala, auf der "0" für "ganz links" und "10" für "ganz rechts" steht, verorten die Bürger SPD und CDU immer näher an der Mitte.



Betrug der Abstand zwischen CDU und SPD auf dieser Skala 1990 noch ca. 4 Skalenpunkte, so hat er sich zwischenzeitlich halbiert. Die SPD ist nach Ansicht der Befragten etwas weiter nach rechts, die CDU etwas nach links gerückt.

Die große Mehrheit der Wahlberechtigten rechnet sich der politischen Mitte zu.



Die beiden Volksparteien, dies verdeutlicht die Grafik, haben jeweils ein ziemlich großes politisches Spektrum abzudecken, wobei die CDU-Wähler sich insgesamt gesehen eher etwas links von der CDU, die SPD-Anhänger eher etwas rechts von der SPD einstufen. Beide haben deshalb auch eine beachtliche Schnittmenge. Dies wird vor allem deutlich, wenn man die enttäuschten CDU-Wähler in diese Betrachtung einbezieht. Sie standen 1998 genau zwischen CDU und SPD, mit leichter Tendenz zur SPD. Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, dass der Kampf um die politische Mitte künftig noch härter werden dürfte. Dabei besteht für beide Volksparteien die Gefahr, die Kernwählerschaft aus den Augen zu verlieren. Dies war beispielsweise im letzten Jahr bei der SPD der Fall, die das für die eigene Stammklientel identitätsstiftende Ziel der Schaffung bzw. Bewahrung von sozialer Gerechtigkeit zeitweise vernachlässigte. Dafür wurde sie von ihren Stammwählern bei den Wahlen in 1999 durch Stimmenthaltung im Westen oder durch Parteiwechsel im Osten abgestraft.

3. Wachsende Bedeutung der Lösungskompetenz der Parteien und der Kandidaten

In dem Maße, wie die langfristige Parteibindung abnimmt, nimmt die Bedeutung situativer Faktoren zu. Dies gilt vor allem für die Problemlösungskompetenz der Parteien.

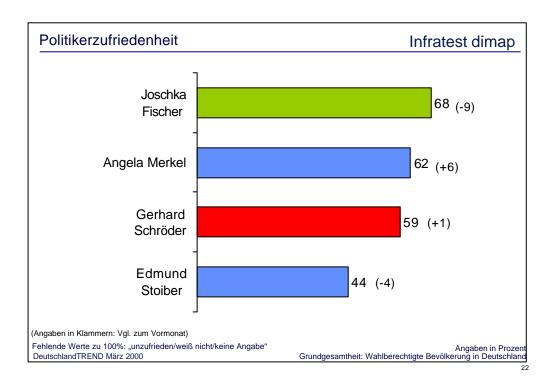
Die Problemagenda hat sich seit der Bundestagswahl wenig verändert: der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bzw. der Sicherung der Arbeitsplätze wird nach wie vor oberste Priorität eingeräumt. Hier wie in allen anderen zentralen Politikbereichen hatte die SPD im vergangenen Jahr erheblich an Vertrauen verloren, in fast allen Bereichen wurde der Union, nur ein Jahr nach ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl, wieder mehr Kompetenz zugetraut. Nach dem Spendenskandal hat sich das Bild wiederum völlig gewandelt:

Parteikompetenz		Ir	nfrates	t dima	
/ergleich Februar 2000 zur Bundestagswahl 1998					
	SF	SPD		CDU/CSU	
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	45	+2	24	+4	
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	49	-5	17	-3	
Wirtschaftsstandort Deutschland sichern	39	+6	38	-9	
Verschuldung des Landes abbauen	46	-	20	-	
Gute Steuerpolitik betreiben	43	-2	24	+2	
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	32	+5	33	-10	
Gute Gesundheitspolitik betreiben	36	-	25	-	
Die Zukunftsprobleme Deutschlands lösen	38	+1	23	-9	
kompetenteste l	Partei fett ge	edruckt			
gaben in Klammern: Vgl. zum September 1998) utschlandTREND Februar 2000 Gru	ındgesamtheit: V	/ahlberechtig	A te Bevölkeru	ngaben in Pro	

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie auch in fast allen anderen zentralen Politikbereichen rangiert die Union in der Kompetenzzuschreibung wieder deutlich hinter der SPD. Dies gilt zwischenzeitlich sogar für die Wirtschaftspolitik. Selbst bei der inneren Sicherheit, sonst eine Domäne der Union, liegt die Union – wohl affärenbedingt – nur noch gleichauf mit der SPD. Insgesamt verdeutlichen die Zahlen, dass der Programmarbeit der CDU nach wie vor zentrale Bedeutung zukommt.

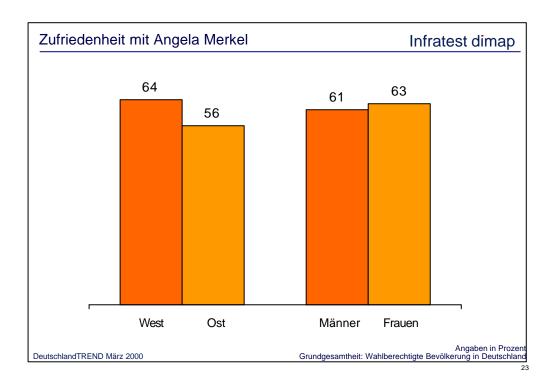
Neben der Lösungskompetenz der Parteien spielt die Persönlichkeit der Spitzenkandidaten eine immer wichtigerer Rolle bei der Wahlentscheidung. Hier dürfte die CDU mit ihrer designierten Vorsitzenden eine glückliche Wahl getroffen haben, denn Frau Merkel wurde nicht nur in der eigenen Anhängerschaft besser bewertet als alle übrigen Kandidaten, sie bringt auch zwei Voraussetzungen mit, die für die krisengeschüttelte CDU von zentraler Bedeutung sind:

- sie gilt als ausgesprochen glaubwürdig und integer
- und ihre politische Arbeit wird weit über die eigene Anhängerschaft hinaus geschätzt eine wichtige Voraussetzung, um verlorenes Vertrauen bei den Wechselwählern wieder zurückzugewinnen.



Im Vergleich der zehn wichtigsten Spitzenpolitiker steht sie bereits an zweiter Stelle, hinter Außenminister Fischer und liegt vor Kanzler Schröder.

Sie spricht nicht zuletzt solche Wählergruppen an, bei denen die CDU zuletzt erheblich an Zuspruch verloren hat: die Ostdeutschen und die Frauen:



In diese Bewertung fließt ihr Auftreten als Generalsekretärin und Krisenmanagerin bei der Spendenaffäre sowie ihr Agieren im Vorfeld der Wahl des oder der neuen CDU-Vorsitzenden ein. Die Bewertung ihrer politischen Arbeit als Vorsitzende in der Auseinandersetzung mit der Bundesregierung steht noch aus.

Karl Rudolf Korte

Welche Themen sind die Zukunftsthemen für die CDU?

Die Themenfindung hat eine herausgehobene Bedeutung:

wahltaktisch:

Nur über die von den Wählern zugeschriebene Kompetenz zu wichtigen Sachhemen – an der Spitze unverändert: Arbeitsmarkt- und Wirtschaftskompetenz – können Wahlen von politischen Parteien gewonnen werden.

machtpolitisch:

Politische Gemeinsamkeiten sollten den Kern des Zusammenhalts und der Mobilisierung innerhalb der CDU charakterisieren. Politische Auseinandersetzungen um Themen verströmen Kohäsionskraft. Vielfach ist dies in der Vergangenheit – wegen der besonderen Rolle als Regierungspartei in einer Koalition – durch eine Person als Kohäsionszentrum ersetzt worden. Wenn der Kitt der Macht jedoch nicht mehr zusammenhält, müssen politische Gemeinsamkeiten die Integration bestimmen. Diese politischen Gemeinsamkeiten kristallisieren sich über kontroverse Richtungsentscheidungen heraus.

- führungspolitisch:

Das Führungsteam muss zu den Themen adäquat passen. Gesucht sind Personen, die Lotsendienste übernehmen: zeitlich begrenzt; bei Bedarf vertrauensvoll moderierend; die inhaltliche Ausrichtung stets vor Augen; gleichzeitig in stürmischen Zeiten verlässlich Orientierungspunkte ansteuernd.

Die Agenda der NEUEN UNION

Bundestagswahlen sind nur durch den Gewinn der politischen Mitte erfolgreich zu bestreiten.¹ Das bürgerlich konservative Lager hatte dazu durch den Ost-West-Konflikt, den dezidierten Antikommunismus und das Milieu des rheinischen Katholi-

Immer wieder bestätigt auch bei: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.): Wahlen und Wähler, diese umfangreiche Publikation wurde seit den achtziger Jahren zu allen Bundestagswahlen erarbeitet.

zismus gute Voraussetzungen. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes zerbrach in vielen europäischen Ländern das Koordinatensystem auch für die Parteien. Zehn Jahre deutsche Einheit – der deutsche Sonderweg nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes – haben den Verfallsprozess des bürgerlichen Lagers in Deutschland aufgehalten, aber nicht grundsätzlich aufgeschoben. Insofern findet mit dem Wahlverlust der Union 1998 und dem notwendigen Erneuerungsprozess der CDU zeitversetzt ein Gleichklang mit den europäischen Verhältnissen statt. Der Spendenskandal ist der Katalysator der Erneuerung. Die Links-Rechts-Differenzierung bei den zentralen innen- und außenpolitischen Themen ist obsolet geworden. Unter solchen Bedingungen ist es immer schwieriger, eine Trennungslinie zwischen Neuer Mitte der SPD und der Mitte der CDU zu finden. Mit der Entchristlichung der Gesellschaft hat die CDU zudem ihr angestammtes Milieu unwiederbringlich verloren.² Die Sicherheit von loyalen Rückhalten ist vorbei.³

32

Das strukturelle dealignment, der Niedergang der Parteiidentifikation und höhere Wählerfluktuationen zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien⁴ betreffen alle Volksparteien. Issues und damit rationale Wahlhandlungen werden wichtiger. Die Antworten der CDU auf diese veränderte Volatilität berühren die Frage nach einer Neubestimmung des Konservatismus als Agenda 21. Die Antworten müssen sich an politisch-kulturellen Gegebenheiten in Deutschland sowie an generellen Trendentwicklungen orientieren. Politisch-kulturell wird jedes Politikprogramm scheitern, wenn nicht gleichzeitig zur Modernisierung der ambivalente Bedarf nach Ruhe und Reform, nach konsensdemokratischem Pragmatismus, nach Stabilität und Sicherheit befriedigt wird. Die Erfolge der CDU 1999 hingen vordergründig mit der Enttäuschung über rot-grüne Regierungspolitik zusammen.⁵ Hauptsächlich gewann die alte CDU auf Landes- und Kommunalebene, weil sie die Sicherheitsängste der Menschen ausreichend bediente, beispielsweise mit der Ausländer- und Rentenkampagne in Hessen und im Saarland. Wenn die Angst vor Veränderungen genommen wird, so sind Stammwähler der Union auch weiterhin zu bedienen.

Strategische Antworten gegenüber der Wählerschaft müssen aber auch neue Wählergruppen berücksichtigen. Dazu sind Positionsbestimmungen zu den Groß-

Zur Milieu-Zuordnung: Franz Walter/Tobias Dürr: Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor, Berlin 2000, S.123-155.

Vgl. auch Richard Herziger: Aufbruch ins Niergendwo, in: Die Zeit v. 23.3.2000. Zur politischkulturellen Einordnung auch Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte: Die Deutschen. Profil einer Nation, Stuttgart 1991.

Grundsätzlich Angus Campbell u.a.: The American Voter, New York 1960.

Die Landtagswahlen haben zudem einen "antigouvernementalen" Effekt: gegen "Bonn" und nun gegen "Berlin". Weiterführend Karl-Rudolf Korte: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl. Bonn 2000.

trends⁶ zu entwickeln: Globalisierung, Europäisierung, Überalterung, virtuelle Vernetzung, Entstehung der Wissensgesellschaft.

33

Gesucht wird die Partei, die sowohl Stammwähler als auch neue Wählergruppen mit ihrem Programm und ihren Personen anspricht: den Sicherheitsbedarf in der Risikogesellschaft könnte ein parteipolitisch motivierter Lotsendienst auffangen.⁷ Das Orientierungsdilemma des Alltags korreliert mit dem vormodernen Wunsch nach Führung. Der Abschied von alten Glaubenssätzen wäre in eine politische Botschaft umzumünzen. Dabei steht nicht die Inszenierung im Mittelpunkt.⁸ Erfolgreich ist die Partei, die als politische Formation die Kraft besitzt, einem in der Gesellschaft tatsächlich bedeutsamen Konflikt ihren politischen Ausdruck zu verleihen.⁹

Lotsendienste:

Der Lotse sollte Antworten liefern auf die Fragen: 10

- Verstehen die Menschen ihre politische und soziale Welt, in der sie leben und handeln?
- Haben sie das Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit?
- Besteht der Eindruck, dass es fair und gerecht zugeht?
- Können sie sich einbringen, mitmachen oder gestalten?

Die Lotsendienste für diese Grundfragen sollten sich nicht an einer modischen Ausrichtung orientieren. Mit sogenannten "Trend-Scouts" wäre keine große innenund außenpolitische Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland gefallen. Mehrheitsfähig war weder die Wiederbewaffnung noch die Einführung des Euro. Auch eine Abstimmung über die deutsche Einheit wäre im Westen – in Kenntnis der Transformationskosten – abgelehnt worden. Die Frage, die sich stellt, ist die

Dazu HypoVereinsbank: Trend-Book 1999, München 1999.

Bei der Bundestagswahl 1998 hatte der Sieg der SPD gerade auch die Quelle "Sicherheit". Die Neue Mitte-Botschaft bediente das Sicherheitsbedürfnis vieler Wähler, vgl. Elisabeth Noelle-Neumann u.a.: Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998, München, 1999, S. 76f.

⁸ Zu diesen Politikstilen vgl. Karl-Rudolf Korte/Gerhard Hirscher (Hrsg.): Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien, München 2000.

Vgl. auch Walter/Dürr a.a.O. 2000, S. 216. Ebenso Ulrich Eith/Gerd Mielke: Die soziale Frage als neue Konfliktlinie? Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit, in: Hans Rattinger u.a. (Hrsg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität?, Opladen 2000 (i.E.).

Vgl. dazu auch Warnfried Dettling: Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Gütersloh 1999, S. 17.

nach dem Gestaltungsspielraum und nach dem Handlungskorridor, der für politische Parteien in Verhandlungsdemokratien besteht. Neben der strategischen Antwort auf die Erosion der Wählermärkte (neue Wählergruppen anzusprechen), könnte eine policy-orientierte Reaktion ergänzt werden¹¹. Der catch-all-Ansatz sollte sektorspezifisch ausgeweitet werden, um auch Ad-hoc-Issue-Allianzen an sich binden zu können.

Basierend auf der Tradition von konservativen, liberalen und christlich-sozialen Werten könnte die CDU daraus folgernd Schwerpunkte als NEUE UNION (M. Fröhlich) ausbauen:

Partei der Regionen

Der Globalisierung kann mit Regionalisierung geantwortet werden. Die Betonung regionaler Identitäten, Subsidiarität und Entschleunigung sind mögliche Anworten. Globalisierung gestalten bedeutet dann die Revitalisierung lokaler Räume und Identitäten. Im täglichen Identitäts-Management wird der Lotse gesucht, der weltweiten Aktienhandel ermöglicht und sich gleichzeitig für Sesshaftigkeit, Ortsverbundenheit und intensive Zeitressourcen einsetzt. Die neuen politischen Konfliktlinien¹² werden zwischen den transnationalen Organisationen bzw. Institutionen und den lokalen, regionalen Netzwerken mit starker Identitätsbildung stattfinden: hier ergibt sich ein Globalisierungs-Cleavage. Die CDU könnte versuchen, diese Vielfalt zu gestalten, mit einem Projekt, das ideologisch offen Problemlösungen anstrebt. Die Kompetenz des "governance" bedeutet: politische Entwicklungen zusammen mit anderen Handlungsträgern einvernehmlich zu steuern.

Partei der sozialen Marktwirtschaft

Die Reformnotwendigkeiten beim Umbau des Wohlfahrtsstaates sollten sich an der Idee der sozialen Marktwirtschaft orientieren. Diese hatte eine doppelte Wurzel: Ordnungs- und Sozialpolitik zugleich. Der Staat sollte sich danach die Ordnung des wirtschaftspolitischen Rahmens nicht aus der Hand nehmen lassen. Die FDP setzt auf Neo-Liberalismus (weniger Staat), die SPD auf Sozialinvestitionen (mehr Staat), um neue Ungleichheit durch Gerechtigkeit zu kompensieren. Die Union

Weitere Hinweise auch bei Albrecht Müller: Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie, Opladen 1994.

So Scott Flanagan/ Russel J.Dalton: Parties Under Stress: Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Societies, in: Westeuropean Politics 1984, S. 7-23.

könnte mit Eucken und Müller-Armack Mittlerpositionen anbieten.¹³ Sie müsste auch für die Modernisierungsverlierer, den Langsamen und Provinziellen etwas bieten: Stichwort Generationengerechtigkeit. Nur in Verbindung mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft könnte die CDU das ausfüllen, was die SPD heute mit der Bürgergesellschaft, der Zivilgesellschaft anstrebt. Generationengerechtigkeit (CDU) könnte attraktiv neben die Verteilungsgerechtigkeit (SPD) gesetzt werden.

35

Partei der Europaakzeptanz

Der europäischen Integration liegt eine Funktionslogik mit Sogwirkung zugrunde, die unaufhaltsam voranschreitet. Regieren in Nationalstaaten ist für die Agenda des 21. Jahrhundert ein Anachronismus. Gerade deshalb öffnet sich jedoch ebenso unaufhaltsam die Schere des Protestes. Misstrauen begleitet den weiteren Integrationsprozess, vor allem gegenüber der Osterweiterung. Gesucht wird eine Partei, die klarmacht, dass sie sich demokratisch gestaltend durchaus für die weitere Abgabe von Souveränität, jedoch nicht von Identität einsetzt. Dazu wird es zwingend notwendig sein, das Integrationstempo in ein prüfbares Verhältnis zur Akzeptanz der Bürger zu bringen. Das prüfbare Verhältnis orientiert sich nicht ausschließlich an den Umfragedaten. Gemeint ist vielmehr ein Politiktempo bei dem die Integrationsschritte erläutert und öffentlich diskutiert werden. Nur so können auch die sogenannten schweigenden Mehrheiten konzeptionell berücksichtigt werden. Nur so bleiben die etablierten Politik-Akteure auch in den Nahräumen der Politik präsent. Nur so kann neuem Populismus von Rechts begegnet werden. 14

Partei der inneren Sicherheit

Die Bürger sind nicht nur orientierungslos, sondern vielfach auch verängstigt. Scherheitsfragen (vom Arbeitsplatz bis zur Straßenkriminalität) haben im Alltag der Bundesbürger stets einen hohen Stellenwert. Praktikable und finanzierbare Konzepte zum Ausbau der inneren Sicherheit stoßen auf große Resonanz.

Partei der Zukunftschancen

Informationen dazu bei Uwe Andersen u.a.: Der Staat in der Wirtschaft der Bundesrepublik, Leverkusen 1985.

Differenzierungen zwischen Populismus und Volksparteien vgl. Frank Böckelmann: Stellen Sie sich vor, jemand nennt Sie "Faschist", in: FAZ v. 1.4.2000.

Im Wandel von Gesellschaften wird die Bedeutung von "Sozialkapital"¹⁵ zunehmend wichtiger. Die Eigenverantwortung des Individuums für das Gemeinwohl der Gesellschaft schafft Grundlagen der Demokratie. Wo sich der Staat zurückzieht, entsteht die Netzwerk-Gesellschaft. Diese gilt es zu gestalten. Das kann wertkonservativ geschehen, etwa beim Festhalten am Sozialstaat als Gemeinschaftsverpflichtung. Unter christlich-sozialen Vorzeichen könnte die Familienpolitik offensiver in die Agenda aufgenommen werden. Warum problematisiert die Neue Union nicht auch die Steuerreform unter christlichem Fokus: die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung höhlt die Finanzlage der Kirchen aus. Aber auch liberal wären Zukunftschancen gestaltbar, wenn neue Integrationskonzepte für Ausländer entwickelt oder ein Einwanderungskonzept erarbeitet würde. Bildung als Zukunftskapital der Wissensgesellschaft wäre auch für die @Generation zu gestalten. Wie ist bildungspolitische Verantwortung des Staates auf effizientere Weise zu organisisieren und dem Subsidiaritätsprinzip Geltung zu verschaffen?

36

Welche Konsequenzen sollte die CDU aus der aktuellen Spendenaffäre ziehen?

Katalysator und Oppositionsrolle

Die Spendenaffäre ist ein Katalysator der notwendigen Erneuerung. Erst der Spendenskandal hat die CDU mit der Realität des Wahlverlustes bei den Bundestagswahlen schonungslos konfrontiert. Die Landtags- und Kommunalwahlerfolge des Jahres 1999 waren weitgehend geliehene Siege. Das Ausmaß des Verdrusses über das Missmanagement der rot-grünen Bundesregierung war beispiellos. Erst durch den Parteispendenskandal ist die Union wieder dort angekommen, wo der Wähler sie hingeschickt hatte, nämlich in die Opposition. Die Chancen der Union liegen nicht in der Krise – dies ist nur eine Trostformel mit hoher Autosuggestions-Wirkung - sondern gerade in der Rolle einer kompetitiven Opposition mit Sachalternativen. In der Opposition ist eine Regeneration möglich. Damit wird nicht unterstellt, dass fertige Regierungsprogramme vorbereitet in den Schubladen liegen und Regierungsmanagement virtuell einstudiert wird. Dann wäre der Start von Schröder-Fischer sicher anders verlaufen. Vielmehr erwächst die Kraft der Erneuerung für die Opposition daraus, dass sie programmatisch vielfältiger sein kann, als eine Regierung – zumal eine Koalitionsregierung. Gleichzeitig Widersprüchliches und nacheinander Gegensätzliches bleibt relativ folgenlos.

Dazu Robert D. Putnam (Hrsg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh 2000 (i.E.).

Für die Erneuerungskräfte auf verschiedenen Ebenen – gerade in Zeiten des gesamtgesellschaftlichen Umbruchs der Zeitenwende – bietet dies einen willkommenen Resonanzboden. Nicht alles wird vom Publikum auf innere Konsistenz und Verfassungsmäßigkeit geprüft, koalitionspolitische Rücksichtnahmen trüben nicht den Blick auf klare Perspektiven.

Sanierer oder Erneuerer?

Die CDU hat beim Prozess der Generalerneuerung schon einen Vorsitzenden ("Übergangsvorsitzender") in kürzester Zeitspanne verschlissen. Die derzeitige Diskussion über die neue Vorsitzende fokussiert die Erneuerung fast ausschließlich auf den Megastar des Vorsitzenden. Gesucht wird zur Zeit der Sanierer in der Rolle des Erneuerers. Doch normalerweise agiert der Sanierer als Abwickler. Er beruhigt und bereinigt. Danach zieht er weiter zum nächsten Problemfall. Auf lange Zyklen des Regierens folgt in der Opposition eine langfristige programmatische, organisatorische und strukturelle Runderneuerung. Der Sanierer ist jedoch kein programmatischer Erneuerer. Auch deshalb werden vermutlich noch mehrere Vorsitzende bei der CDU den Prozess der Runderneuerung zu steuern haben. Wahlerfolge und Machterwerb entscheiden, wie lange die neue Vorsitzende im Amt bleibt. Auf Bundesebene hat die Union bisher immer nach Wahlverlusten den Vorsitzenden entmachtet. Zwischen 1971 und 1973 wechselte die Union von Kiesinger zu Barzel und dann erst zu Kohl. Der Erneuerungsprozess war somit sehr personalintensiv: in drei Jahren drei Vorsitzende.

Kurzfristige, unmittelbare Konsequenzen

Zu den kurzfristig und schnell herbeiführbaren Änderungen zählen die Reaktionen im Bereich der Parteiorganisation.

1. Änderung der Finanzverfassung der CDU¹⁶

Das System organisierter Verantwortungslosigkeit müsste durch ein neues Finanzstatut beendet werden. Die Herzog-Kommission hat hierzu an der Spitze einen hauptamtlichen weisungsunabhängigen Finanzbeauftragten vorgeschlagen. Andere Modell favorisieren die Generalverantwortung in Sachen Finanzen für den Generalsekretär. Transparenzgebot und Kontrolle können durch durch eine neue Finanzen

Hierzu hat die Herzog-Kommission Detailvorschläge erarbeitet.

und Beitragsordnung, in der auch die Landesverbände einbezogen sind, gestärkt werden. Die Klärung der Frage, wer zukünftig für Fehlverhalten haften soll, müsste auch diskutiert werden: Bundes- oder Landesebene? Ausbau der Prüfinstrumente beim Rechenschaftsbericht ist ebenso zu bedenken, wie die Tatsache, dass die Wirtschaftsprüfer zwischen Landesverbänden und Bundespartei nicht identisch sein sollten.

2. Finanzbedarf klären

Eine inhaltliche Diskussion sollte darauf zielen, zu fragen, warum der Finanzbedarf der Partei in den letzten 20 Jahren so dramatisch gestiegen ist. Wofür soll zukünftig Geld eingesetzt werden? Bedürfen professionelle Wahlkämpfe eine Gesamtorganisation mit Tausenden von festangestellten Mitarbeitern? Die "Amerikanisierung" der deutschen Parteien hat bislang weitgehend nur die Bereiche der Personalisierung, der Inszenierung, der Wahlkampfprofessionalisierung und einer bewussteren Ausrichtung an segmentierten und fragmentierten Wählermärkten erreicht. Als "Modern Cadre Party"¹⁷ sollte allerdings die Dienstleistung ebenso im Zentrum stehen: neben der Wahlkampfführung zählt hierzu auch die Elitenrekrutierung und das Regieren in Parlamenten. Dazu sind Klein-Organisationen allemal leistungsfähiger. Zur organisatorischen Professionalisierung gehört der Austausch der Amateure durch die Profis.

3. Vitalisierung der innerparteilichen Demokratie Neuer Politikstil: "Wir sind das Volk"

Angela Merkel wird die erste Vorsitzende der CDU sein, die nicht in Vorstandstreffen erfunden wurde. Diese basisdemokratische Inthronisierung hat eine auch zukunftsweisende Dynamik, die nicht verspielt werden sollte. Merkel bündelt das Klima basisdemokratischer Debattenkultur. Vor allem scheint sie die deutschen Sehnsüchte nach politischer Romantik zu befriedigen. Statt Taktieren und Finassieren in Kungelrunden personifiziert sie glaubwürdige Antworten auf unüberschaubare Kompliziertheiten, als ein Gegenbild zu den konkreten Erscheinungsformen der Politik. Doch Alltagspolitik ist immer auch Machtpolitik. Sie muss als Vorsitzende ihre Macht durch Einfluss, weniger durch Herrschaft sichern. Selbst wenn der Parteivorsitz mit überzeugender Mehrheit gelingt, ersetzt dies nie die mühselige

So Ruud Koole: The Vulnerability of the Modern Cadre Party in the Netherlands, in: Richard S. Katz/Peter Mair (Hrsg.): How Parties Organize, London u.a. 1994, s. 278-303; Vgl. auch Peter Mair u.a. (Hrsg.): Parteien auf komplexen Wählermärkten, Wien 1999.

Tagesarbeit, die Machtstabilisierung durch Aufbau und Pflege von informellen Kommunikationsnetzwerken. Sie sollte zukünftig beides verbinden: offene Debattenkultur zulassen, ohne sofort die Loyalitätsfrage zu stellen und informelle Vorentscheidungen integrierend vorantreiben.

Neben der organisatorischen Professionalisierung könnte eine weitere Reaktion auf den Erneuerungsbedarf in einer Organisationsreform bestehen. Die Pole sind zu benennen: Dezentralisierung (die Entscheidungen werden näher an die Mitglieder herangebracht) oder Zentralisierung (die Entscheidungen der Partei werden auf professionelle Expertise gestellt etwa durch Meinungsforscher, Politikwissenschaftler, Medienexperten). Beide Wege sollten komplementär genutzt werden. Die interne Machtverteilung steht auf dem Prüfstand:

- a) Ausbau des Präsidiums als Kollegialgremium mit sachpolitischen Zuständigkeiten einzelner Mitglieder. Das entlastet den Vorsitzenden, personalisiert Erfolge und Misserfolge, aber es entmachtet auch den Vorsitzenden beim Führungsauftrag. Der Ruf nach dem Führungsteam ist ebenso alt, wie die Ausbildung patriarchalischer Strukturen. Auswege aus dem Entscheidungsdilemma des Alltags einer extrem personalisierten Mediendemokratie bietet unter machtpolitischen Gesichtspunkten nicht das Team des Präsidiums, sondern eher das Machtdreieck zwischen den Vorsitzenden der Schwesterparteien, ergänzt durch den Fraktionsvor-sitzenden des Deutschen Bundestages.
- b) Klären, welches Gremien den Führungsauftrag erhalten soll: Präsidium oder Bundesvorstand? Im Statut der CDU heißt es lapidar: "Das Präsidium führt die Beschlüsse des Bundesvorstandes aus. Es erledigt insbesondere die laufenden und dringlichen Geschäfte des Bundesvorstandes" (§34, Abs. 6). Die Größe und Zusammensetzung des Präsidiums prädestiniert es für die Führungsaufgaben. Seit November 1999 im Anschluss an "Kohls Beichte" kam es zur inhaltlichen Wiederbelebung dieses Gremiums. Intensive Beratungen und inhaltliche Diskussionen waren in den letzten Jahren der Ära Kohl sowohl im Präsidium als auch im Vorstand eher hinderlich. Die Gremien waren nicht nur zu notariellen Organen verkommen, sondern auch von "verschlampter Gremienarbeit" gekennzeichnet.
- c) Verkleinerung der Gremien auf das Maß, wie es das Statut vorsieht. Problemlösung nicht durch Bildung neuer Ausschüsse, sondern durch Diskussion und Entscheidung in den bestehenden Gremien.

¹⁸ So Biedenkopf in: FAZ v. 31.1.2000.

d) Führung durch die Gremien, weniger durch Personen. Das setzt konfliktträchtige sachpolitische Diskussionen in den Gremien voraus, die auch mit
Mehrheitsabstimmungen zuende gebracht werden können. Das wird nicht informelle Absprachen verhindern, sondern ergänzen. Weder moralische noch idealistische Maßstäbe können verhindern, dass sich Machtpotentiale durch
Einflusssicherung ausbauen lassen und weniger durch permanente offene und
basisdemokratische Entscheidungsfindungsprozesse. Zur Legitimation und zur
Durchsetzung einer Entscheidung gehören formelle und informelle Prozesse
zusammen. Steuerungsprozesse leben in Verhandlungsdemokratien vom Austausch zwischen den formelle und informellen Entscheidungsarenen¹⁹.

4. Föderalisierung der Neuen Union

Die Landesverbände sollten stärker als Ideengeber agieren. Hier ist das Prinzip lokaler Identitäten und regionaler Problemlösungen bereits verwirklicht. Das gleiche gilt auch für die Vereinigungen der CDU. Als Ideenbörse im Wettstreit um beste Lösungen könnten Bundestagsfraktion, Landtagsfraktionen, Landesverbände, Konrad Adenauer Haus und Adenauer-Stiftung konkurrieren.

Langfristige Lehren

Der Erfolg eines zurückliegenden vergleichbaren Erneuerungsprozess nach Jahrzehnten der Regierungsbeteiligung (1949-69) hatte in den siebziger Jahren folgende Ursachen:

1. Anerkennung der Ursachen des Wahlverlustes

Erst als die CDU nach Jahren der Selbsttäuschung über den Verlust der Macht (1969) einsah, dass die Niederlage selbst verschuldet war, wuchs das neue Zutrauen zur Union. Sie hatte keine mehrheitsfähigen politischen Themen mehr. Sie trimmte nachholend ihre außen- und innenpolitische Agenda auf Reform und Entspannungsklima. Eine neue, unverbrauchte Führungsriege überdeckte in den 70er Jahren den personellen Verschleiß und die machtpolitischen Verselbständigungen in den letzten Jahren der Regierungsverantwortung.

So auch Edwin Czerwick: Verhandlungsdemokratie. Ein Politikstil zur Überwindung von Politikblockaden, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1999, H.2, S. 415-438.

2. Der Wille zur Macht

Nur der unbedingte Wille zur Macht bringt eine Partei in Regierungsverantwortung. Halbherzige Unterstützung des Kanzlerkandidaten, unentschlossene Programmdebatten und kritische Selbstzweifel suggerieren den Wählern, dass diese Partei noch nicht reif für den Regierungswechsel ist. Das kann sowohl an der Geschichte der SPD seit den 80er Jahren als auch bei der CDU zwischen 1972 und 1980 ablesen.

3. Befreiung aus der Umklammerung der CSU²⁰

Dass die CDU derzeit Mühe hat, in der Bundestagsfraktion für ihre gesundheitsund sozialpolitischen Initiativen ein schwergewichtiges Pendant zu Seehofer (CSU) zu finden, ist symptomatisch.²¹ Nicht der Personalmangel avanciert zum Problem, sondern der Dominanzanspruch der CSU, der das machtpolitische Führungsvakuum der CDU in den letzten Monaten begleitete. Das besonders in Oppositionszeiten notwendige Machtdreieck zwischen den Vorsitzenden der CDU, der CSU und dem der Bundestagsfraktion ist noch extrem ungleichgewichtig. Ein Blick auf die Agenda der oppositionellen Erneuerung der CDU seit Anfang der 70er Jahre zeigt, dass die Kraft der Erneuerung aus der Emanzipation von der CSU erwuchs.

Rainer Barzel (CDU) war nach 1971 in der Doppelfunktion als Partei- und Fraktionsvorsitzender in der parlamentarischen Opposition in direkter Abhängigkeit von Franz-Josef Strauß. Denn die Wahrnehmung der Union lief während der Oppositionszeit ab 1969 zunächst fast ausschließlich über die parlamentarische Arbeit der Bundestagsfraktion. Die Bundespartei war seit dem sozialliberalen Machtwechsel sprachlos und lange nicht willig, die Fehler der Wahlniederlage schonungslos zu analysieren. In der Bundestragsfraktion hatte – über den Fraktionsstatus abgesichert – die CSU unmittelbare Zugriffsmöglichkeiten. Ein ausgewogenes Verhältnis im Machtdreieck konnte erst erreicht werden, als es zur Aufteilung der Ämter kam. Helmut Kohl wurde 1973 Parteivorsitzender – immerhin nach Kiesinger und Barzel, der dritte Vorsitzende in nur drei Jahren. Carl Carstens (CDU) wählte die Bundestagsfraktion zu ihrem Vorsitzenden. Newcomer Carstens galt – ebenso wie Friedrich Merz heute – gleichermaßen als unverbrauchtes neues politisches Gewicht und Gesicht. Er taktierte zwischen dem noch regierungsverwöhnten Establishment

Vgl. dazu Karl-Rudolf Korte: Befreien aus der Umklammerung der CSU, in: Die Welt v. 24.3.2000.

[&]quot;Die CDU sucht denjenigen, der Riester Paroli bieten kann", in: FAZ v. 13.3.2000

seiner Abgeordneten-Kollegen und den reformfreudigen Kräften. Helmut Kohl konnte als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz der CSU Paroli bieten. Er war nicht direkt in den Fraktionskontext eingebunden, schuf durch Gegenmachtbildung zur CSU die Attraktivität zur Mitsprache und Mitentscheidung für all diejenigen, die sich von der Fremdbestimmung durch die CSU befreien wollten. Erst durch Verhandlungsmacht auf gleicher Augenhöhe zum CSU-Vorsitzenden konnten zu Beginn der 70er Jahre beide Parteien im wahrsten Sinne des Wortes als Schwesternpaar wieder agieren. CDU, CSU und gemeinsame Bundestagsfraktion boten im Wettbewerb miteinander – und für die Wähler auch durch unionsinterne Konflikte und Kontroversen erkennbar personifiziert - wertkonservative, christlich-soziale und liberale Politikonzepte. Nicht die programmatische Einheit im Machtdreieck stärkte, sondern die Vielfalt, die aus der wiedergewonnenen Stärke der CDU ewuchs. Eigenständigkeit im Machtdreieck zwischen CDU, CSU und Fraktion sicherte einen breiten und profilierten Wählerzuspruch. Aus der Fraktionspartei konnte durch Gegenmachtbildung eine oppositionelle Bundespartei entstehen und damit die Chancen zum Regierungswechsel. Den CSU-Beschluss von Kreuth (1976), die Fraktionsgemeinschaft zu verlassen, konterte die CDU machtbewusst mit der Drohung einer Ausweitung der CDU nach Bayern.

4. Die Organisationsreform der Parteiarbeit

Die Modernisierung der Partei trieb der Generalsekretär Biedenkopf voran. (Seit 1967 gab es das Amt des Generalsekretärs in der CDU; Bruno Heck). Zwischen 1971 und 1977 verdoppelte sich die Zahl der Mitglieder: von 329.000 auf 664.000. Aus dem Kanzlerwahlverein, der Honoratioren- und Fraktionspartei machte Biedenkopf eine moderne Apparate- und Mitgliederpartei. Er professionalisierte die politische Kommunikation zwischen der Bundesebenen und den Landes- bzw. Kreisverbänden. Er konzentrierte parallel die Facharbeit innerhalb der Bundesgeschäftsstelle. Dennoch blieb die Grundstruktur der CDU unangetastet: keine hierarchische, oligarchische Großorganisation, sondern vielfach geschichtete Macht, eher eine lose verkoppelte Polyarchie. Gerade dies machte ein engmaschiges persönliches Netzwerk als machtpolitisch relevantes Frühwarnsystem für Kohl so notwendia. Auchtpolitisch relevantes Frühwarnsystem für Kohl so notwendia.

Vgl. Peter Haungs: Die CDU. Prototyp einer Volkspartei, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992, S.172-216; Peter Lösche: Wirklich nur ein Kanzlerwahlverein? in: FAZ v. 25.8.1998.

So Karl-Rudolf Korte: Kommt es auf die Person des Kanzlers an? Zum Regierungsstil von Helmut Kohl in der Kanzlerdemokratie des deutschen Parteienstaates, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1998, H. 3, S. 387-401 und Ders.: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen, Stuttgart 1998.

5. Programmatische Polarisierung durch Generalsekretär und Fraktionsvorsitzenden

Eine programmatische Alternative in der Innen- und Außenpolitik - zusammengehalten durch das Etikett "Freiheit oder Sozialismus?" - bot nicht nur in Wahlkämpfen Gelegenheit zur Polarisierung. Die Profilierung durch Themen wie z.B. die "Neue Soziale Frage" erfolgte durch die Generalsekretäre Biedenkopf und später Geißler, nur gelegentlich durch den Vorsitzenden. Auch durch die Spendenkrise ab November 1999 lavierte die Generalsekretärin die Partei, nicht der Vorsitzende. Parteivorsitzende haben zu integrieren. Ihren Generalsekretären kommt die Rolle der Programmerneuerer zu. Politische Alternativen tragen die oppositionellen Fraktionsvorsitzenden vor. Schäuble büßte seine inhaltliche Brillanz in dem Moment ein, in dem er auch Parteivorsitzender wurde. Auch deshalb ist die aktuelle Diskussion über den neuen Vorsitzenden der Union verkürzt. Vorsitzende in einer heterogenen und extrem föderalen Organisation wie der CDU sind Moderatoren des Interessenausgleichs. Sie müssen nach außen ihre Partei im Wettbewerb leistungsstark und stimmgewaltig vertreten. Der Generalsekretär und der Fraktionsvorsitzende im Bundestag sind die Gestalter des programmatischen Neuanfangs.

Im Umkehrschluss sind die Konsequenzen für die CDU aus den historischen Erfahrungen zu ziehen:

- Schonungslose Diskussion über die Ursachen des Wahlverlustes 1998. Der Faktor "Kohl muss weg" war nur ein Aspekt im Ursachenbündel.
- Statt Selbstmitleid muss für die Wähler die Bereitschaft der Parteiführung erkennbar werden, dass man Wahlen auch gewinnen möchte.
- Eigenständigkeit im Machtdreieck zwischen CDU, CSU und Fraktion sichert einen breiten und profilierten Wählerzuspruch.
- Der Ausbau einer "Modern Cadre Party" (Koole) zwingt zu Einschnitten:
- als Medienpartei, in der die Führung über die Medien mit den Mitgliedern direkt kommuniziert;

- als Wahlkampfpartei, in der höchst professionell Wahlkämpfe vorbereitet und geführt werden;
- als Dienstleistungspartei, in der weniger Mitglieder Ideen-Management anstoßen. Nicht die soziale Einbindung, sondern die Mitgestaltung der gemeinsamen Überzeugungen prägt zukünftig die Mitgliedschaften.²⁴ Die F.D.P. wird unter Organisationsgesichtspunkten zum Vorbild: ohne die schwierige Verpflichtungsfähigkeit der Mitgliedermassen, ohne teuren Organisationsapparat und ohne inhaltliche Traditionslastigkeit. Die Themen dieser Traditionslastigkeit sind an die neuen Gegebenheiten durch offene Diskussion anzupassen: z.B. die "family values" als Polarisierungsthema.
- Die programmatische Erneuerung der CDU erwächst aus einer sachpolitischen Polarisierung zur Regierungsarbeit und durch eine professionelle Fraktionsarbeit sowie durch eine programmatische Profilschärfung des Generalsekretärs.
- Als Zeitmaß für die Runderneuerung ist nicht 2002 anzupeilen. Erneuerungen sind wesentlich langfristiger anzulegen. Kein Verein und keine Vereinigung kann mit einem neuen Vorsitzenden durchstarten, wenn der alte Vorsitzende 25 Jahre im Amt war. Nachfolger brauchen Zeit. Außerdem können in Deutschland auf der Bundesebene für die zurückliegenden 50 Jahre auch Zyklen des Regierens "Machtwechsel" nachgewiesen werden, die mit Pendelumschwüngen erst nach 16 Jahren zusammenfallen.²⁵

Maßstab: normale Partei?

Wenn die Parteiendemokratie grundsätzlich problematisiert wird, dann verschieben sich die Maßstäbe zur Beurteilung von "Normalität" der Parteien. Die Grünen wollten den Weg einer "normalen" Partei beschreiten: Trennung von Amt und Mandat sollte abgeschafft und basisdemokratische Elemente durch stärkere Rechte von Führungsgremien ersetzt werden. Mittlerweile ist dieses Reformvorhaben angesichts der veränderten Rahmenbedingungen ins Stocken geraten. Die CDU übte sich in basisdemokratischer Manier beim Findungsprozess des neuen Vorsitzenden. Über Kollegialführung im Präsidium und Vorstand wird offen nachgedacht. Gerade dies hat die SPD in Regierungsverantwortung abgeschafft. Die bislang

Vgl. Wilhelm P. Bürlin/Viola Neu/Hans-Joachim Veen: Die Mitglieder der CDU, Interne Studie Nr. 148/1997, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), St. Augustin.

Dazu Karl-Rudolf Korte: Der Anfang vom Ende - Konjunkturen des Machtwechsels in Deutschland (erscheint in: Aus Politik und Zeitgeschichte).

starke Stellung der Stellvertreter in der Geschichte der SPD wurde durch die Schaffung eines Generalsekretärs gekappt. Den Maßstab zur Bewertung der "Normalität" von Parteiführung gewinnt man ganz offensichtlich aus dem Dualismus von Regierung und Opposition. Nur Machtzentralisierung sichert dem Kanzler das Regierungsgeschäft. Regieren mit sogenannten Programmparteien erschwert den Alltag. Programmatische Vielfalt und vielstimmige Vorschläge charakterisieren Oppositionsverhalten. Ihre Vorschläge werden keinem Realitätstest unterzogen.

Deshalb ist eine offene Debattenkultur für die Opposition nicht schädlich. Die Umfragen suggerieren einen Bonus für geschlossenes Auftreten der Parteien.²⁷ Das bezieht sich jedoch auf das Ergebnis der Politik, nicht auf den Prozess der Herstellung einer Entscheidung. Wenn die Entscheidung nach langwierigen kontroversen Sachdebatten in den dafür vorgesehenen Gremien fällt, sollte sie – dem Mehrheitsprinzip folgend – geschlossen auch nach außen vertreten werden. Nachträgliche Unstimmigkeiten strafen die Wähler ab.

Dazu Karl-Rudolf Korte: Das System Schröder. Wie der Kanzler das Netzwerk seiner Macht knüpft, in: FAZ v. 25.10.1999.

[&]quot;Einigkeit macht anziehend", in: FAZ v. 23.2.2000.

Welche Folgen hat die aktuelle Spendenaffäre für die künftige Rolle der CDU im deutschen Parteiensystem?

Ebenso wie die Flick-Spendenaffäre bleibt die langfristige Auswirkung des Parteispendenskandals 99/00 sehr begrenzt. Mehrfach haben die großen Volksparteien angekündigt, sich stärker zu öffnen, basisdemokratischer zu werden, transparenter zu entscheiden und sich zu enthierarchisieren. Relativ folgenlos sind derartige Vorhaben geblieben.²⁸ Die Wähler vergessen relativ schnell den jeweiligen Skandal, weil die Wähler die jeweils aufgedeckten Verfehlungen der Parteien im Kern nicht überraschen. Was Anstoß oder Widerwillen erregt, sind nicht die Parteien, sondern die ungenierte Art, in der sie ihren Machtbereich über die ihnen vom Grundgesetz gezogene Grenzen hinaus ausdehnen. Proporz und Patronage erstrecken sich auf fast alle gesellschaftlichen Bereiche. Echte Machtbegrenzung für die Parteien, etwa durch den Rückzug aus gesellschaftlichen Institutionen, könnte nur durch direktdemokratische Entscheide den Parteien abgerungen werden. Doch dazu müssten sowohl Verfassungen als auch Parteistatuten geändert werden. Als Referenzpunkt der Bonner Republik diente im negativen Sinne die Weimarer Republik. Aus dieser Angst heraus stärkten die Gründungsakteure das repräsentative Element. Als Referenzpunkt der Berliner Republik dient jetzt jedoch die Bonner Zeit. Es bedarf somit keines großen Mutes, eine stabile und 50jährig bewährte politische Ordnung durch direktdemokratische Elemente zu ergänzen nicht zu ersetzen.

Die künftige Rolle der Parteiendemokratie wird langfristig nicht durch die Skandalrhythmen vorgegeben. Vielmehr sind die langfristigen Veränderungen der Parteiendemokratie durch die Erosion der Wählermärkte bestimmt, auf welche die Parteien strategisch zu antworten haben.

Welche Bedeutung hat die CDU in der europäischen Parteienlandschaft?

Analog zu den anderen bürgerlich konservativen Parteien in vielen europäischen Ländern, befindet sich auch die CDU mittlerweile als Volkspartei in der Opposition auf Bundesebene. Die CDU ist, gemessen am westeuropäischen Maßstab, weitgehend die konkurrenzlose Partei des Bürgertums. Der innere Zusammenhalt ist ohne gemeinsamen Feind im Osten bzw. im eigenen Land mühsamer aufrechtzuerhalten

Ganz dem Muster von Michels folgend: Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, 2. Aufl. Stuttgart 1957.

als in der Ära Kohl der Bonner Republik. Im Ausland zerfiel die bürgerliche Mitte in Neoliberale, Rechtspopulisten und sozialkatholische Zentristen. Grundsätzlich kann die Harmonisierung mit europäischen Parteisystemen auch in Deutschland zur Renaissance von Rechtsparteien auf Bundesebene führen. In Dänemark, Holland, Belgien und Österreich sind die Liberalen Parteien auf Rechtskurs gegangen, besonders bei den Themen Verschärfung des Asylrechts und der Kriminalitätsbekämpfung. Ein Wählermarkt für diese Klientelpolitik ist auch in Deutschland vorhanden.

Die Bedeutung der CDU in der europäischen Parteienlandschaft könnte darin bestehen, dieses Segment zu marginalisieren. Bislang ließ sich der Protest gegen Globalisierung eher links verorten. Wenn sich die NEUE UNION zum Anwalt der neuen Konfliktlinie zwischen nationalstaatlicher Souveränität und transnationaler Steuerung macht, könnte sie den Protest von rechts bündeln. Die Rolle des Staates und der Nation könnte neu überdacht werden.

Zusammenfassung der Diskussion

Wie auch das Wahlergebnis der CDU in Schleswig-Holstein zeigte, wird die Spendenaffäre differenziert wahrgenommen. Die Spendenaffäre hat nicht dazu geführt, dass das politische Interesse gesunken ist, es ist auch nicht zu einer Abwendung von der Politik gekommen. Zudem ist die Bereitschaft, Partizipationsmöglichkeiten wahrzunehmen, u.a. durch das Internet, gestiegen.

Der durch die CDU-Spendenaffäre verursachte Imageschaden der CDU sitzt tief. Gerade weil die CDU eine Partei ist, die für "Law and Order" steht, ist die Erschütterung innerhalb der Stammklientel groß. Doch sind die Auswirkungen nicht monokausal zu bewerten.

Der personelle Neuanfang der CDU wird sehr positiv bewertet. Zur Nominierung als Kandidatin für den Parteivorsitz habe Merkel dabei zum einen den auf den Regionalkonferenzen sichtbar werdenden Zuspruch der Basis genützt, zum anderen erhielt sie von den Medien einen zusätzlichen Schub.

Für die CDU besteht jetzt die Chance, die Oppositionsrolle anzunehmen, was durch die Wahlerfolge von 1999 erschwert wurde. Der Vorteil der CDU als Oppositionspartei liegt auch darin, dass sachpolitische Heterogenität nicht per se schadet; ebenso wenig wie die Auseinandersetzung in der Sache. Die Vielfalt, aus der die sachlichen Ergebnisse erwachsen, ist eher hilfreich.

Als Aufgabenverteilung innerhalb des Machtdreiecks Parteivorsitzende, Generalsekretär und Fraktionsvorsitzender bietet es sich an, den Parteivorsitz als integrierendes Element zu verstehen. Der Parteivorsitz entspricht dem Matador des Interessenausgleichs gegen die innerparteiliche Heterogenität. Dem Generalsekretär könnte die Funktion der scharfen Profilierung zufallen und dem Fraktionsvorsitzenden obliegt die Steuerung der sachlichen Debatte.

Aufgrund der großen Ausschläge, die im Meinungsklima zunehmend auftreten, ist es wahrscheinlich, dass der Zyklus des Regierens kürzer wird. Regierungen, die über vier Legislaturperioden im Amt sind, wird es in Zukunft wohl nicht mehr geben. Die Parteien müssen auch auf die Herausforderungen, die das veränderte Verhalten der Wähler mit sich bringen, verstärkt eingehen. Da der Stammwähleranteil der

Parteien so klein geworden ist, dass man damit keine Wahlsiege mehr erzielen kann, müssen die Wahlsiege neu von Wahl zu Wahl erkämpft werden. Die Mobilisierung der wechselbereiten Wähler wird in der Zukunft in immer größerem Ausmaß Wahlergebnisse bestimmen. Gerade das Wahljahr 1999 hat deutlich gemacht, wie kurzfristig große Wählergruppen bereit sind, ihre Meinung und ihre Wahlentscheidung zu revidieren. Daher kann aufgrund der Spendenaffäre und des derzeitigen Meinungstiefs der CDU noch keine Prognose über das Abschneiden bei Wahlen gegeben werden. Vielmehr ist – auch gerade in Hinblick auf die Bundestagswahl 2002 – noch alles offen.

Vor dem Hintergrund der CDU-Spendenaffäre und der nach wie vor hohen Demokratie-, Parteien- und Politikerverdrossenheit wird auch über die Einführung von Elementen direkter Demokratie diskutiert. Dabei können die Bürger zum einen stärker in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden, zum anderen kann ihnen mehr Einfluss auf politische Sachfragen eingeräumt werden. Durch die Einführung von lose gebundenen Listen (wie in Bayern) bei Landtags- und Bundestagswahlen könnten die Bürger stärker darüber entscheiden, welche Politiker in Parlamente einziehen. Dies gilt auch für das Kumulieren und Panaschieren, das bislang nur bei Kommunalwahlen möglich ist.

Anders verhält es sich mit der Einführung von Elementen der direkten Demokratie. Der Vorschlag von Müntefering, auch in der Bundesrepublik Vorwahlen (Primaries) einzuführen, mit denen in den USA u.a. die Kandidatenauswahl der Parteien für das Amt des Präsidenten erfolgt, erscheint aus deutscher Perspektive ungeeignet. Da im amerikanischen System die Rolle des Präsidenten im Vergleich zum Bundeskanzler wesentlich gestärkt ist (Präsidialsystem) und das Wahlsystem auf dem Prinzip des Mehrheitswahlrechts beruht, müssten wesentliche Elemente der deutschen Demokratie geändert werden. Auch im Fall der Direktwahl des Bundeskanzlers ist zudem nicht auszuschließen, dass ein Kanzler einem Parlament ohne eine ihn stützende Mehrheit gegenübersteht. Wie diese Beispiele zeigen, steht die Einführung von Elementen der direkten Demokratie mit dem parlamentarischen System im Widerspruch, da sie die innere Logik der politischen Systems der Bundesrepublik nachhaltig stören würden. Im schlimmsten Fall können sie die Funktionsfähigkeit der Demokratie gefährden. Daher muss im Einzelfall sehr genau differenziert und geprüft werden, welche Formen der direkteren Beteiligung sinnvoll sind.

Ebenfalls kritisch sind direkte sachpolitische Entscheidungskompetenzen zu bewerten. Gehen sie über das Initiativrecht hinaus und erhalten Gesetzgebungsrecht, unterlaufen auch sie das Prinzip das Parlamentarismus.

Bei der innerparteilichen Ordnung sind nach wie vor große Spielräume gegeben. Die Stärkung der Mitentscheidungsrechte der Mitglieder von Parteien könnten gestärkt werden. Diese wäre z.B. durch eine verstärkte Abkehr vom Delegiertenprinzip möglich. Urwahlen bei der Auswahl des Spitzenpersonals könnten so Parteien für Mitglieder attraktiver machen. Andererseits zeigt gerade auch das Beispiel USA, dass die Attraktivität von Parteien nicht automatisch durch direktdemokratische Elemente gestärkt wird. Andererseits kann eine Öffnung der Parteien in Abwendung vom Delegiertensystem die Parteien attraktiver machen. Die stärkere Einbeziehung von Experten und eine Professionalisierung der Dienstleistungspartei stellen darüber hinaus Reformmöglichkeiten dar. Dadurch relativiert sich auch die Frage, wieviel Mitglieder eine Partei braucht. Als Medienpartei kann man auch Dienstleistungen outsourcen und Sachverstand einkaufen. Aus dem Modell "Kampa" der SPD im Wahlkampf 1998 kann man die Schlussfolgerung ziehen, dass man auch mit anderen Strategien wahlkampffähig ist. Dies ist jedoch kein Ausstieg aus der Mitgliederpartei. Denn unabhängig, ob sich Parteien als Weltanschauungsoder Dienstleistungsparteien verstehen, sind Mitglieder notwendig und unverzichtbar, da die Chance der Partizipation in Parteien ein Wert an sich darstellt.

Die Autoren

Prof. Dr. Jürgen Falter

Geb. 1944, Politikwissenschaftler,

Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mainz, z. Zt. am Fellow Wissenschaftskolleg Berlin

Richard Hilmer

Geb. 1952, Markt- und Meinungsforscher Geschäftsführer Infratest dimap

Priv.-Doz. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte

Geb. 1958, Politikwissenschaftler

Forschungsinstitut für politische Wissenschaft und europäische Fragen der Universität zu Köln – Lehrstuhlvertreter

Leiter der Forschungsgruppe Deutschland am Centrum für angewandte Politikforschung C.A.P., Universität München

Viola Neu

Geb. 1964, Politikwissenschaftlerin,

Teamleiterin "Politische Kommunikation, Meinungs- und Parteienforschung" der Konrad-Adenauer-Stiftung

Kopieren und per Fax bestellen

Fax: 02241/246-694

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Hauptabteilung Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft z. H. Frau Barbara Kretschmer Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

Bis zu fünf Exemplare pro Heft können kostenlos geliefert werden.

Bei größerem Bedarf wenden Sie sich bitte wegen der entstehenden Kosten an die Konrad-Adenauer-Stiftung (Hauptabteilung Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft).

NR.	ТНЕМА	BESTELLTE EXEMPLARE
01	Welche Macht den Parteien?	
02	Wieviel Bürgerbeteiligung im Parteienstaat?	
03	Welche Finanzierung für die Parteien?	
04	Welcher Weg für die CDU?	

Absender:	
Name	
Straße	
Ort	

Datum Unterschrift